

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Woll und Reiz'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Konparatortabelle...

Anzeigen für die nächste Kammer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonntagabend, den 28. März 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Freies Volk oder Kapitalsherrschaft.

Mit den Arbeiterorganisationen für Otto Braun!

Noch einen Tag bis zur Präsidentenwahl! Noch einen Tag werden die großen Organisationen...

Wir wiederholen in Deutschland die Erfahrungen, die Amerika von seinen Präsidentenwahlen her längst kennt...

Nicht Technik gegen Technik, nicht Organisation gegen Organisation, nicht Apparat gegen Apparat...

Was wären die deutschen Arbeiterorganisationen, was wäre der deutsche Staat, was das deutsche Volk...

Auf der anderen Seite der Organisationsapparat der Schwerindustrie...

In diesem Lager geht es nicht um große, ideale Zielsetzungen, nicht um staatspolitische Ideen...

Schwerindustrie ist, Deutschland aufzulösen in ein Nebeneinander von Geschäften...

Nur ein Tag

trennt uns noch von der Entscheidung! Aber an diesem Tag können noch Tausende...

Werbt für Otto Braun!

Idee wird im Apparat der Schwerindustrie erniedrigt zum Rang einer Geschäftsreklame...

Alles, was ideenlos ist im deutschen Bürgertum, ist diesem Apparat der Schwerindustrie verfallen...

Die Schwerindustrie ist a national. Ihr Gesichtskreis beschränkt sich auf das Gebiet ihrer engsten Konzerninteressen...

sichten auf einen erträglichen Friedensschluß gleich Null wurden. Ihr brutaler Geschäftsegoismus...

Das ist die andere Front! Sie sammelt die Interessenten, die mit der Schwerindustrie verbunden sind...

Arbeiterorganisationen gegen den Apparat der Schwerindustrie: Das heißt nicht Idee gegen Idee...

Wer soll es glauben, wenn der Apparat der Schwerindustrie den Satz von der Reinheit des öffentlichen Lebens predigt...

Arbeiterorganisationen gegen Apparat der Schwerindustrie! Das sind die beiden Fronten...

Soll in Deutschland das Volk herrschen, das die Freiheit und Würde des einzelnen wahrht und die Wirtschaft...

Mit dem Volk, den Arbeiterorganisationen für Otto Braun!

Wer ist Jarres?

Von einem Reichspräsidenten muß man verlangen, daß er einen sicheren Blick für das Mögliche...

Als im Jahre 1923 der passive Widerstand an der Ruhr zusammenbrach und Deutschland am Ende seiner Kraft...

Aber Jarres hat schon früher einmal bewiesen, daß ihm in der Politik jeder Blick für das Mögliche fehlt...

Jarres gehörte zu den nationalistischen Heißspornen damals wie im Jahre 1923. Er hat beidemal das vertreten...

Und trotzdem: Jarres Reichspräsidenten-
kandidat?

Kleines Format, sagen seine Freunde, die ihn als
Berlegenheitskandidaten aufgestellt haben.

Unmögliches Format sollte es heißen.

Hilferding über Jarres.

Gelsenkirchen, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) In einer
Wählerversammlung in Gelsenkirchen gab der ehemalige Reichs-
finanzminister Dr. Hilferding folgende aufsehenerregende Er-
klärung zu der Berladungsliste Dr. Jarres' ab:

Ich war in jener Sitzung, in der Dr. Jarres die Rede ge-
halten hat, von der er heute nichts mehr wissen will. Jarres hat
den Standpunkt vertreten, die Sache an Rhein und Ruhr sei für
Deutschland endgültig vorüber. Das Rheinland sei dem
Reich verloren gegangen. Wir müssen die Konsequenzen
ziehen. Wir müssen sagen, was ist und das Rheinland
preisgeben. Alle Zahlungen an Rhein- und Ruhrgebiet
müssen aufhören. Wir müssen uns zurückziehen. Vielleicht
ist es in 10 oder 20 Jahren möglich, von Osten her
das Gebiet mit Waffen wieder zu erobern.

Hilferding wies weiter darauf hin, daß in derselben Sitzung
sämtliche sozialdemokratische Minister und auch
Stresemann diesen Ausführungen des Dr. Jarres entgegen-
traten. Wenn Jarres seine Rede heute abstreiten wolle, so möchte
das einen sehr läßlichen Eindruck.

Jarres schweigt.

Köln, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsblock hat
am Freitagabend in Köln Herrscher gehalten. Jarres sollte
sprechen. Man erwartete, Dr. Jarres würde sich zu seiner Rhein-
landpolitik im Oktober 1923 näher äußern. Statt dessen ließ
er wegen Heiserkeit durch seinen Manager und Reichsmarschall,
den volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Spiekemägel, sein
Programm entwickeln. Kein Wort von Berladungs-
politik! Das war die größte Enttäuschung, die Köln in diesem
Wahlkampf erlebt hat. Die Kundgebung endete mit dem von
Jarres angestimmtem Deutschlandlied und mit einem von
ihm ausgebrachten Hoch auf das deutsche Vaterland. Dazu
langte seine Stimme noch!

Von Schmöcken, Lämmeln und Drecksseelen.

Politik und Ritterlichkeit der Jarres-Presse.

Was ist paradox? Wenn Herr Hufschung einen anderen
einen Schmöcker nennt! Herr Hufschung, der dazu angehalten ist, die
Berliner Lokalblätter für Jarres bei Laune zu halten, schimpft
die Konkurrenten an der demokratischen Presse Schmöcke.

Herr Hufschung schimpft er einen Thersites und Herrn Strese-
mann eine Drecksseele. Wer's nicht glaubt, lese den „Lokal-
Anzeiger“. Da heißt's:

... Da vervollkommnete sich denn der demokratische Ther-
sites bis zu der herrlichen Formel, daß derselbe Herr Jarres, der
zwar heute noch an ein deutsches Recht auf Elsaß-
Lothringen glaube (Welcher Deutsche hat die Drecksseele,
es nicht zu glauben?), bereit gewesen sei, Rhein und Ruhr zu ver-
schenken.

Der Thersites ist Hufschung, das zeigt der treffliche Zusammen-
hang. Die Drecksseele aber ist Herr Stresemann, das zeigt der
treffliche Zusammenhang. Denn Herr Stresemann ist doch der
Ruhenminister, der das Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen
in einem freiwilligen Vertrag noch einmal anerkennen will.

Obernimmt Herr Hufschung an, daß Herr Stresemann den
Franzosen das Recht auf Elsaß-Lothringen beständigen und zu
gleicher Zeit an das Recht der Deutschen auf Elsaß-Lothringen
glauben will? Was für eine Seele wäre Herr Stresemann
dann?

Herr Jarres aber, der Kandidat Stresemanns, ist keine Dreck-
seele. Er glaubt an das Recht der Deutschen auf Elsaß-Lothringen.
Über wenn er am Ende als Reichspräsident den Vatik Strese-
manns unterschreibt — du lieber Gott, was für eine
Seele ist dann Herr Jarres?

Da ist es doch schon besser, er wird es nicht, trotz aller Schmöcke,
die sich für ihn strapazieren!

Die freien Gewerkschaften Duisburgs haben, als Herr Jarres
während des Ruhrkampfes — wie Zehntausende von sozialdemo-
kratischen Arbeitern auch — einen Konflikt mit den Franzosen hatte,
einen Protest zu seinen Gunsten mitunterzeichnet. Was tut der
Reichsblock? Er macht ein Flugblatt daraus mit der faustbilden
Ueberschrift: „Sozialdemokratische Gewerkschaften
für Jarres!“ und sucht den Anschein zu erwecken, als ob „sozial-
demokratische Gewerkschaften“ für Jarres als Präsidentschafts-
kandidaten einträten.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-
bundes, Genosse Leipart, wehrt sich gegen diesen Fälscherstreich
in einem Offenen Brief an Jarres. Was tut die Jarres-Presse?
Schweigt sie beschämt, wozu sie allen Anlaß hat? Zum Teil tut
sie es, aber die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ für Brot-
wucherer, reißt das Maul weit auf und nennt Leipart, weil er es sich
erlaubt, sich zu wehren, einen Lämmelein.

Bislig können sie auch sein. Ein anderer Jarres-Kritiker von der
„Deutschen Tageszeitung“ macht Entwürfe zu „Bildplatten“. J. B.:
Oder, damit auch der Humor zur Geltung kommt: Ein rich-
tiger Kölner Karnevallsscherz, frei nach Marx: Marx im Hans-
wurfskostüm, dem in dem mit einem Schwarzen der Befehlungs-
armee, in Fastnachtskostüm. Darunter die Worte: „Ich bin
Kölner und als solcher etwas leichtsinnig.“ Oder auch: „Je näher
man dem besetzten Gebiet kommt, um so vernünftiger werden
die Deutschen.“ Dazu das Lob des „Temps“: „Wären wir un-
bescheiden, so könnten wir vielleicht von dem Lob des Herrn
Reichskanzlers einen kleinen Teil für uns in Anspruch nehmen:
haben wir doch ohne Unterlaß auf die gefährlichen Bestrebungen
der chauvinistischen Radaumacher und Demagogen aufmerksam
gemacht.“

Das ist „die ritterliche Kampfesweise“, die sich Herr
Jarres zugunsten seiner Kandidatur gefallen läßt.

Wie das Spargeld angelegt wird.

Lieber Lugano als Inflationssteuer!

Bei dem Aufwertungsgeheimturm der Regierung ist die
Frage der Aufwertung der Industriobligationen
vollständig unberücksichtigt geblieben, obgleich die Obligations-
schuldner die leistungsfähigste Klasse der deutschen Bevölkerung
darstellen. Die Klage über die Kollaps der deutschen Industrie,
die eine Aufwertung der Obligationsschulden unmöglich mache,
sind durchaus unberechtigt.

Zu diesem Thema schreibt man uns aus Lugano:

„Es mag sein, der deutschen Industrie fehlt das Geld.
Aber den deutschen Industriellen gewiß nicht. Das
Treiben der Neu- und Altreichen hierher — und
zwar nur zum geringsten Teil aus Juden bestehend — ebenso wie
im Winter in St. Moritz, erregt den Anstoß aller Aus-
länder, vor allem derjenigen, die in großmütiger Weise die Auf-
pöppelung unserer armen Kleinen übernahmen. Nichts ist jener
Sippe gut genug und in dem riesigen Spielesaal werfen sie mit
den fünf-frank-Stücken nur so um sich. Im vorigen Jahre hatte
Lugano eine Fremdenfrequenz von ca. 65 000 Personen, zum
größten Teil von Reichsdeutschen, und in diesem Jahre wird
jene Ziffer noch überschritten werden. Uns eingewanderten
Deutschen, die wir durch eben die Bereicherung der Kriegs- und
Inflationsergebnisse — pecuniarii: gleich hässliche, gleich laager
nennt sie das Volk! — zugrunde gerichtet sind und zum größten
Teil trauheitslos auf das hiesige Klima angewiesen sind, treibt
der Anmut ab-jenes Treibens die Köpfe ins Gesicht. Und
wonder schämt sich, sich nach Deutschen nennen zu müssen. In
Nordschweizer Zeitungen ist des öfteren auch der Gegensatz zwi-
schen jener Sippe und der bedrängten deutschen Bevölkerung dar-
gestellt worden, und es wäre wirklich an der Zeit, daß wenigstens
einigermaßen ein Ausgleich geschaffen würde, bevor Abertausende
an Entbehrungen und Schwäche zugrunde gehen, indes ihre ge-
fühllosen Landsleute prassen.“

Diese Praßer stammen aus jenen Kreisen, die ein
hartes Herz gegenüber den Opfern der In-
flation zeigen und sich weigern, auch nur einen Teil des

durch den Inflationsbetrug zusammengerafften Reichtums zur
Entschädigung der Inflationsopfer wieder herauszugeben. Das
sind die Kreise, die ihre Hoffnung auf Herrn Jarres und
den Rechtsblock setzen, weil sie von ihnen Schutz gegen
eine gerechte Besteuerung der Inflations-
gewinne erwarten.

Die Folgen des Wortbruchs.

Eine Abrechnung eines Betrogenen mit „Lokal-Anzeiger“ und Deutschnationalen.

Ein Wortführer des Sparerverbandes veröffentlicht einen
Offenen Brief voll der bittersten Vorwürfe und An-
klagen an den „Lokal-Anzeiger“. Der Brief hat folgenden
Wortlaut:

„Bei dem merklich abflauenden Interesse, welches
Ihr geschätztes Blatt im Gegensatz zu früher jetzt den Sparere-
interessen entgegenbringt, bin ich mir nicht sicher, ob Sie Ihre
Spalten einer Replik öffnen werden zu Ihrem Artikel „Der Sparere-
bund kneift“. Ich gebe insofern meine Replik in Form eines
offenen Briefes an Ihr geschätztes Blatt zum Abdruck an die
Zeitschrift „Die Aufwertung“, stelle Ihnen aber hono-
riger Weise den offenen Brief vor Abdruck zur gest. Kenntnis-
nahme zu.“

Die Mahnung an die Aufwertungsgläubiger, am 28. März
nicht beiseite zu stehen, dürfte keine Wirkung mehr haben. Die Auf-
wertungsgläubiger sind von der Regierung Luther auf das
stiefmütterliche behandelt worden, und jede Liebe zu einem so
einseitig regierten Staatswesen ist planmäßig bei ihnen er-
tötet worden. Die entstandenen Folgen waren vorzuziehen.
Dazu sind wir von den politischen Parteien zu einer Münze für
deren Ruhmherbe herabgewürdigt worden und demzufolge sind
sie es, die von uns abgerückt sind und nicht wir von ihnen. Wer
sich in unser Vertrauen durch Versicherungen hineinschleift, von
denen wir nachträglich die Einsicht gewonnen, daß sie von vornherein
auf eine beachtlichste Täuschung abgestellt waren, der hat unser
Innerstes vergiftet, d. h. er hat Gefühle erötigt, die nicht mehr zum
Wiederaufleben zu bringen sind. Will man denn nicht verstehen,
warum diese Parteien uns gleichgültig geworden sind, und weiß man
dann nicht, daß Gleichgültigkeit sich in seinen Folgen oft schlimmer
äußert als Haß? Wir machen einen Unterschied zwischen unserem
Standpunkte zu unserem Vaterlande in seiner Politik nach außen
und in derjenigen nach innen. In der nach außen: der letzte Heller
und der letzte Blutstropfen für das Vaterland, aber nach innen
nehmen wir das Recht für uns in Anspruch genau wie alle anderen
Interessengruppen an seiner Ausgestaltung so mitzuwirken, daß
man aus unserer Haut möglichst wenig Riemen schneidet, ein Bild
übrigens, das in unserem Falle vollständig deplaziert ist, indem nur
noch die Ohren da sind, über die man uns das Fell gezogen hat.

Sie tun übrigens der Sozialdemokratie zuviel Ehre an,
wenn Sie behaupten, daß diese es sei, die von uns Stimmhaltung
erreicht habe. Das stimmt nicht. Die mit der Regierung verschwore-
nen Parteien sind es, die uns ihr Wort gebrochen haben, sie sind
die Junker, die die besten der deutschen Staatsbürger zu Heloten
gemacht haben.

Ich bedaure ferner, konstatieren zu müssen, daß, wenn man
in der letzten Zeit etwas über den Stand der Aufwertungsfrage aus
den Zeitungen wissen wollte, man gezwungen war, die
linksstehenden Zeitungen zu kaufen, im „Lokal-
Anzeiger“, dessen ständiger Abonnent ich seit dem Jahre 1885 bin,
stand in letzter Zeit immer herzlich wenig davon. Erwies mir
doch nützlich der „Vorwärts“ die Ehre, meinen offenen Brief an
den Grafen Bestarp aus der Aufwertung Wort für Wort abzu-
drucken.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner vollkommensten Hoch-
achtung.

26. März 1925.

gez. Paul Köhler, Kognitstraße 13.

1. Vorsitzender des Hypothekengläubiger- und Sparere-
verbandes für das Deutsche Reich, Ortsgruppe Charlottenburg.

Der Brief spricht für sich selbst. Die Strafe folgt der ver-
logenen Demagogie der Rechten am Fuß.

Hunger.

Kein schliches Volksmärchen.

Ein großer König hatte einst einen großen Krieg sehr groß-
artig verloren.

Nach den letzten Hauch von Mann und Roß auf den Lippen,
schlug er sich kämpfend weit gen Westen durch, wo er, an der
Seite seiner zwar dürftig, aber sauber gekleideten Familie einst
herrlichen Tagen entgegengehen dürfte.

Der Fall ist zu bekannt, um noch des Näheren besprochen zu
werden.

Der große König hatte ein gottbegnadetes Erbe zurückgelassen.
Aus überreichen Lössen ergoß sich ein breiter, goldener Strom
über das glückliche Land. Der Staatsfädel war bis zum Bersten
gefüllt, Steuern konnte man nur vom Hörenjagen, kurzum, das viel-
erörterte Paradies auf Erden schien gekommen.

Auch das ist zu offensichtlich, um mehr als registriert zu werden.
Jumilten dieser strahlenden Freude gab es nur eine Schatten-
seite, ein Malheur.

Man hatte die Aufwertenden vergessen.

Im Ernst: buchstäblich vergessen.

NB.: Das waren Leute, die man, wie das hier und da vor-
kommen soll, inmitten des frischfröhlichen kriegerischen Tumults be-
stohlen hatte und die nun so unglaublich kühn waren, das geraubte
Gut zurückzufordern.

Die Sache erregte naturgemäß beträchtliches Aufsehen.

Was man immerhin erwähnen sollte: das Land war zu einer
Republik geworden.

Dessen Inneres bald ein Herr Schiele regieren sollte.

Die Aufwertungsmänner schrien Jeter und Rordio. Denn man
stand kurz vor der Wahl.

Da trahnten sich die Schielenen hinter den schwarzweißrot ge-
fleckten Ohrenschleim und sagten: Lohst sie uns in tönenden Flug-
blätter aufwerten. Das ist ein guter Tip.

Die Stimmfangauguren aber lächelten. Der Wahltag kam.
Und siehe da: die Schielenen blähten sich zu achtbarer Größe.

Danach regierte der Herr Schiele, mit und ohne Luthers Euan-
gellum, die Republik in seinem Sinne.

Aber siehe: die Aufwertung kam nicht.

Da schrien die Betrogenen zu Schiele empor, und die Antwort
war — ein Hohnlachen.

Und wiederum stand man vor einer Wahl. „Lohst sie uns...“,
sagte Herr Schiele...

„Halt, das geht nicht,“ unterbrach ihn der Finanzminister...
Die Aufwörter schrien jedoch, daß dem bekümmerten Schiele
ein Grauen ins quarkige Gebein kroch.

„Wir wollen sie...“, begann er. „Unmöglich,“ rief der
Finanzier.

Am Bege ober stand ein Rütterlein.

„Gestatten Sie,“ sagte das ganz demütig zu dem Minister
Schiele, als er nach sorgenvollem Tag an ihr vorbeischnitt. „Ich
belästige Sie ja sehr ungern. Aber ich verhungere. Tatsächlich. Ich
bin eine Rentnerin.“

„Ja,“ sagte der Schielener Minister, und etwas Besonnenes lag
in seiner Stimme, „das kann ich Ihnen ja nun nicht verbieten. Aber
vorher müssen Sie noch Jarres wählen. Sterben Sie dann nur
ruhig. Ganz unbeforgt: Wir werden Sie schon aufwerten.“

Rutabüß.

Was ist Wurst?

Boohafte Menschen sagen, daß ihnen „alles Wurst“ sei; andere
behaupten wieder, „Wurst sei Vertrauenssache“, denn was darinnen
ist, das wisse nur der Fleischer und der liebe Gott. Auf der Hygiene-
ausstellung in Dresden war ein niedliches, aber bedeutungsvolles
„Stilleben“ ausgestellt, das den wildesten Jörn der Fleischermeister-
jungt erregt hatte. Es war ein Gemälde, das auf einem Teller eine
Wurst zeigte, die an beiden Enden zugebunden war, mit der Unter-
schrift: „Wurst ist Vertrauenssache“. Es war das gerade zu jener
Zeit, in der „Wurstsekrete“ nicht selten vor den Gerichten
zu Verhandlungen und selbstredend zu Verurteilungen der „Wurst-
künstler“ kamen.

Die Sachverständigen des Fleischergewerbes haben sich nun
selbst seit vielen Jahren den Kopf zerbrochen, was eigentlich Wurst
ist oder wie man eigentlich eine Definition geben könne für den
Begriff „Wurst“. Jetzt hat ein über 80 Jahre alter Ehrenmeister
der Berliner Fleischerinnung einen neuen Vorstoß unternommen.
In der außerordentlichen Generalversammlung dieser Innung hat
er die Frage: Was ist Wurst „angeknitten“. Darob große Span-
nung, was da „herausplagen“ wird. Und siehe da, der alte Herr
hat das Rätsel gelöst zum großen Erstaunen und noch größerer
Freude aller anwesenden Wurstkünstler. Die Definition lautet:

„Wurst ist ein Volkonahrungsmittel, hergestellt aus den inneren
und äußeren Teilen der Schlachttiere, zu welchen, je nach den An-
sprüchen des Verbrauchers auch andere Produkte zur Verwendung
gelangen können. Die Zusammensetzung der einzelnen Teile, die
Bermischung derselben und schließlich die Benennung der einzelnen
Wurstarten ist je nach Ortsgebrauch und Landesitte, und soweit nicht
einzelne Namen gesetzlich geschützt sind, verschieden.“

Der Herr Ehrenmeister ist über seiner großen Sache sehr
nicht sicher, denn er beschränkt nämlich, daß nicht alle „Gefährten“
diese Definition billigen werden, wahrscheinlich auch noch deshalb,
weil „innere und äußere Teile“ und „andere Produkte“ recht viel-
schichtig sind. Aber die Weltgeschichte ist um eine wichtige Entdeckung
reicher und die Verbraucher wissen nun auch, was „Wurst“ ist.

Der Aufschwung der deutschen Schiffsahrt. Die deutsche Handels-
flotte, einst die zweitgrößte der Welt, war durch den Versailler
Vertrag bekanntlich so gut wie vernichtet worden. Nur 6 Proz.
ihres früheren Bestandes waren übriggeblieben, nämlich 300 000
Tonnen. Seit dem Jahre 1920 hat eine verhältnismäßig schnelle
Entwicklung der deutschen Schiffsflotte eingesetzt. Zu Anfang

des Jahres 1920 waren bereits 419 000 Tonnen vorhanden, im
Sommer 1921 654 000 Tonnen, im Sommer 1922 1 783 000 Tonnen,
im Sommer 1924 nahezu 3 000 000 Tonnen. Damit ist der deutsche
Tonnengehalt auf fast 60 Proz. seines Friedensstommgehaltes ge-
stiegen. Er steht nunmehr wesentlich nur noch hinter dem englischen
und dem amerikanischen zurück, während er den japanischen und
französischen schon nahezu erreicht hat. Der Abstand gegenüber den
Bereinigten Staaten und Großbritannien ist allerdings noch groß;
denn Großbritannien hat eine Handelsflotte von 21 Millionen
Tonnen, Amerika eine von 12 Millionen Tonnen. Dementsprechend
zeigt sich die deutsche Flagge auch wieder mehr und mehr auf dem
Weltmeer. Im Schiffsverkehr des Suezkanals zum Beispiel steht
Deutschland bereits an dritter Stelle. Fast 800 000 Tonnen deut-
schen Schiffsraums haben im ersten Halbjahr 1924 den Suezkanal
passiert, gegen 7 Millionen englische und 1,2 Millionen holländische
Tonnen. Ein Umstand fällt zugunsten der deutschen Handelsflotte
noch besonders ins Gewicht: die deutsche Flotte besteht fast aus-
nahmslos aus modernen leistungsfähigen neuen Schiffen, von denen
kaum eines über fünf Jahre alt ist. Große Schiffe sind allerdings
verhältnismäßig wenig darunter, da die Wirtschaftlichkeit der großen
Fahrzeuge ungünstiger als die der kleinen ist. Immerhin zählt die
deutsche Flotte bereits 33 Schiffe mit über 20 000 Tonnen. Das
größte Schiff, das es überhaupt gibt, ist der jetzige „Majestic“, der
ehemalige deutsche Dampfer „Bismarck“, mit 56 000 Tonnen.

Die Staatlichen Museen sind am Mittwoch, dem 26. März, wie folgt ge-
öffnet: Schloßmuseum 11—2, Kaiser-Friedrich-Museum, Museum Brin-
nische Str. 7 und Sammlung für deutsche Volkstunde 12—3 Uhr. Das
Museum für Naturkunde sowie das Reichshaus bleiben ganz geschlossen. Das
Museum für Völkerkunde ist wegen Umzugs 3. Et. überaus geschlossen.

Museum für Meereskunde. Vortrag: 31. Abends 8 Uhr. Professor
Schubert: „Das Tauchen zum Meeresgrunde.“ (Mit Lichtbildern.) —
Führung: 31. 1 Uhr. Professor Krumpholtz: „Leben der Hohe.“

Die Große Volkoper wieder im Theater des Westens. Die Oern-
vorstellungen werden mit dem alten Ensemble der Großen Volkoper, das
sich zu einer Personalgemeinschaft zusammengeschlossen hat, im Theater des
Westens wieder aufgenommen. Die künstlerische Leitung haben die Regie-
meister Jodel und Dobrotan, die Regie führen Kurt Götzl und Dr. Hugo
Streliger. Auch Generaldirektor Leo Blech wird eine Anzahl von Auf-
führungen leiten. Der Spielplan wird in der beabsichtigten Ordnung an-
gegeben: Die Werke: Barber von Sevilla, Carmen, Rio di Napoli, Adello,
Niedermaus, Freischütz, Lorenzino, Rossini, Ruchta, Rigoleto, Samson,
Tosca, Troubadour, Wilhelm Tell, Jodel und Zimmermann, auch Gänse-
kaulst Engel wird in neuer Einleitung wieder gegeben werden. Die
Vorstellungen beginnen am Mittwoch, den 1. April.

Konstitution von Volksmusikschülern. Die Akademie für Kirchen-
und Schulmusik veranstaltet von Ostern an einen ersten auf zwei Semestern
berechneten Kursus zur Ausbildung von Volksmusik-
schülern unter Leitung von Prof. J. B. e. Abhör 20 M. für das
Halbjahr. Meldung bis zum 16. April an die Akademie Charlottenburg,
Gardenbergstr. 26. Zulassung nach Besprechung.

Russische Expedition. Von Rostow ist der Leiter der Expe-
dition, Rosloff, in Begleitung von Vichinski, dem Enkel
des berühmten Fürsten, nach der Mongolei abgereist. Die Regierung hat
Geldmittel für eine zweijährige Fortsetzung der Arbeiten zur Ver-
fügung gestellt.

Ernung Ginstens in Argentinien. Prof. Ginsten ist zum Ehrenmitglied
der Akademie der Wissenschaften in Buenos Aires ernannt worden.

Will Deutschland Hemmschuh sein?

Wann ratifiziert es das Achtstundenabkommen?

Paris, 27. März. (W.B.) Der Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat sich heute mit der Ratifizierung des Abkommens von Washington betreffend den Achtstundentag beschäftigt und beschlossen, dessen Annahme zu empfehlen unter der Voraussetzung, daß auch Deutschland das Abkommen annimmt.

Die deutschen Hand- und Kopfarbeiter müssen in ihrem und ihrer Familien dringenden Interesse starken Druck auf die widerstrebende Regierung Luther-Stressemann-Brauns und ihre Parteien ausüben, damit die zwingende Sicherung des Achtstundentags in allen Kulturländern zur Tatsache werden kann. Die Stimmzahl für Otto Braun am Sonntag muß so gewaltig werden, daß der sozialreaktionäre Widerstand gegen das Achtstunden-Weltgesetz zerbricht und der von den freien Gewerkschaften vorbereitete Volksentscheid für diese Ratifizierung nicht erst nötig wird.

Um Bayern.

Jarres gibt den Evangelischen Bund preis.

Der Münchener Besuch scheint bei Herrn Jarres Beklemmungen hervorzurufen zu haben. Er bittet um gut Wetter bei den bayerischen Katholiken und läßt zu diesem Zwecke folgende Erklärung veröffentlichen:

„Nach Kenntnisnahme von der Wahlkundgebung des Evangelischen Bundes habe ich der Bundesleitung mitgeteilt, daß mit einigen Worten dieser Kundgebung meiner Meinung nach dem Frieden unter den Konfessionen wenig gedient sei. Ich bedaure es für meine Person, daß derartige Schärfe in den Wahlkampf getragen werden, für die ich die Verantwortung ablehnen muß, da sie meiner ganzen Auffassung nicht entsprechen.“

Mit dieser Abschüttelung des Evangelischen Bundes will Herr Jarres das Wohlwollen der Bayerischen Volkspartei für den zweiten Wahlgang erkaufen.

Der überparteiliche Jarres.

Wie er das Ermächtigungsgesetz mißbrauchen wollte.

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Als gegen Ende des Jahres 1923 der Ruhrkampf zusammenbrach und als Antwort auf die Behauptung des Ausnahmezustandes und die Ernennung des Herrn Jarres zum Generalkommissar (Diktator von Bayern) durch die bayerische Regierung der Ausnahmezustand über ganz Deutschland verhängt worden war, wurden Reichswehrruppen nach Thüringen geschickt, zu dem ausgesprochenen Zweck, das Vordringen der Hitler- und Ehrhardt-Banden über die Thüringer Grenze zu verhindern.

Den ausführenden Organen blieb es vorbehalten, auf Wunsch bürgerlicher Kreise in Thüringen „Ordnung“ zu schaffen. Das Ziel der Gegner der Sozialdemokraten und ausführenden Reichsorgane — darunter der damalige Reichsinnenminister Jarres — ging dahin, die sozialdemokratische Regierung in Thüringen durch einen Reichskommissar zu ersetzen. Herr Jarres, der „überparteiliche“, hatte am 31. Dezember 1923 in Weimar Deputationen der bürgerlichen Parteien und des Deutschen Beamtenbundes geführt. Ohne das alte deutsche Wort „Gutes Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide“ als echter deutscher König, wie der Herr Jarres, der „überparteiliche“ einer sein will, zu beachten, kam er mit einem fertigen Urteil zur Verhängung mit dem sozialdemokratischen Bezirksvorstand für Thüringen und zur sozialdemokratischen Landesregierung.

Das Urteil des „überparteilichen“ Herrn Jarres lautet: „Das, was mir die Vertreter der bürgerlichen Parteien und des Beamtenbundes mitgeteilt haben, genügt, um einen Reichskommissar in Thüringen einzusetzen.“ Aber Jarres erreichte sein Ziel nicht, da der Reichspräsident Ebert es ablehnte, in Thüringen einen Reichskommissar einzusetzen. Trotz wiederholter Vorschläge von Jarres blieb Reichspräsident Ebert bei seiner Ablehnung. Der Plan des „überparteilichen“ Herrn Jarres ging nun dahin, durch mißbräuchliche Anwendung des Ermächtigungsgesetzes die sozialdemokratische Regierung in Thüringen abzusetzen und durch Diktator Jarres eine Landesregierung einzusetzen. Nur dem energischen und zähen Kampf der sozialdemokratischen Regierung in Thüringen im Verein mit dem damaligen Reichsminister Marz ist es gelungen, dem Jarres, der „überparteiliche“, seine „überparteiliche“, gestützt auf den Ausnahmezustand, auf den Artikel 15 der Reichsverfassung und auf das Ermächtigungsgesetz praktisch zu befehlen nicht in die Wege zu führen.

Was das deutsche republikanische Volk von einem „überparteilichen“ Reichspräsidenten Jarres zu erwarten hätte, dürfte aus der gefälschten Probe der „überparteilichkeit“ des ehemaligen Reichsinnenministers Jarres einer sozialdemokratischen Landesregierung gegenüber zur Genüge hervorgehen.

Deshalb keine Stimme dem „überparteilichen“ Jarres, sondern jede Stimme dem sozialdemokratischen und republikanischen Kandidaten Otto Braun, der als preussischer Ministerpräsident bewiesen hat, daß er ein ihm anvertrautes Amt unparteiisch auszuüben nicht nur gewillt ist, sondern auch unparteiisch auszuüben versteht.

Wählt Jarres ohne Aufwertung!

Die neue deutschnationale Parole.

Die deutschnationale Presse ist durch die Abwertungsnotlage so aus dem Häuschen gebracht worden, daß sie am gestrigen Abend ganz die Sprache verloren hat. Von dem schönen Thema, das vor den letzten Reichstagswahlen die Spalten der reaktionären Presse füllte, war gestern Abend kein Wort mehr zu lesen. Eingeweihte wollen wissen, daß diese Vogel-Strauß-Politik auf eine einheitliche Weisung der Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei betrieben wird. Diese Weisung gelangte erst gegen Reaktionshinterlist für die Abendausgabe in die Hände der deutschnationalen Presse. Dabei passierte der „Kauzzeitung“ das Macheur, daß sie in ihrer am Freitag Abend erschienenen wirtschaftspolitischen Umschau das letzte Kapitel, das von der Aufwertung handelt, fortstreichen mußte. In der Aufwertung hätte man verlesen, auch in der Ueberschrift die notwendige Streichung vorzunehmen. Nicht einmal das Lotzschweigen hat die deutschnationale Presse richtig raus!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt die großen Enttäuschungen fest, die insbesondere die Gläubiger zweiter Hypotheken — in der Regel kleinerer Rentner — durch die neue Regelung der Hypothekenaufwertung erfahren, da die zweiten Hypotheken von der Zusageaufwertung zumisch ausgeschlossen werden.

Die „Germania“ und die demokratische „Vossische Zeitung“ fahren in der scharfen Kritik der Regierungsvorlagen fort. Bemerkenswert ist der folgende Einwand der „Vossischen Zeitung“ gegen die vorgesehene Sozialrente:

Der Regierungsplan sieht vor, daß auch die Sozialaufwertung sich nur auf solche Kreise erstrecken soll, die tatsächlich noch im Besitz der Anteilstücke sind. Nun haben aber gerade die verarmten Sozialrentner, eben weil sie schon seit Jahren durch die Geldentwertung aus Rentnern Bettler geworden sind, vielfach ihren Anteilbesitz à tout prix verkaufen müssen, um sich für die nächsten Tage oder Wochen weiter zu helfen. Sollen diese früheren Anteilbesitzer, die in der Not ihren Besitz hergeben mußten, jetzt ganz leer ausgehen?

Die Regierungsentwürfe sind unzulänglich und müssen unzulänglich sein, weil sie dem gemaltigen Problem einer Aufwertung beizukommen suchen, ohne dafür besondere Steuern bereitzustellen. Mit Händen und Füßen sträubt sich die Regierung dagegen, die Inflationsgewinne der Industrie und Landwirtschaft wenigstens teilweise durch eine Geldentwertungssteuer zu erfassen. Denn das würde ja gegen den Willen der deutschnationalen Auftraggeber der Schlieben, Reuhaus und König sein.

Aber mit halben Maßnahmen kann man nicht eine ökonomische Frage von so riesiger Tragweite lösen. Daher ist es kein Wunder, wenn die famosen Aufwertungspläne von der breiten Masse der Spärer als „Abwertung“ empfunden werden.

In ihrer Bescheidenheit aber vergißt die deutschnationale Presse darauf, das Kind beim Namen zu nennen. Sonst müßte sie in ihre Wahlpropaganda eine neue Formel aufnehmen, die etwa lautet: Wählt Jarres, auch ohne Aufwertung! Die Schwerindustrie braucht neue Gelder!

Die Mieter gegen den Jarres-Block.

Die Forderungen des Mieterverbandes.

Der Mieterverband Deutschlands unterbreitet den Regierungsvorstellungen seine Forderungen, in denen er u. a. verlangt:

1. Die Schaffung eines einheitlichen Wohnungsgesetzes.
2. Bestellung eines Reichswohnungskommissars zur Regelung und Überwachung des gesamten deutschen Wohnungsbaus.
3. Ausbau der Wohnungsgesetzgebung.
4. Befreiung der Hauszinssteuer und Ersetzung durch eine Wohnbausteuer.
5. Restlose Verwendung dieses Steuerertrags zum Wohnungsbau unter Kontrolle der Besizer.
6. Staatliche Kontrolle der Baustoffherstellung zur Vermeidung ungerechtfertigter Bereicherung und Inflation aus der Not des Volkes.
7. Erhaltung und Ausbau der Mieterschutzgesetzgebung.
8. Ausbau des Wohnungsmangelgesetzes.
9. Ausbau des Mieterschutzes.

Die Sozialdemokratie steht, wie sie immer bewiesen hat, hinter den Forderungen und fordert die Wähler auf, am Sonntag durch Abgabe ihrer Stimme für Otto Braun ihre Solidarität mit diesen Forderungen zu bekunden!

Der „Sklavenspakt“ der Rechtsregierung.

Völkischer Protest.

Die „Deutschvölkische Freiheitsbewegung Groß-Berlin“ erläßt folgenden Aufruf:

Seit länger als einem Vierteljahr hat Dr. Stressemann heimlich eine Vorkriegs- und Vorkriegs-Deutsche betrieben, deren Kernstück ein freiwilliges Angebot Deutschlands ist: die Gebietsgrenzen des Versailler Vertrages als zu Recht bestehend anzuerkennen, die elsass-lothringische Bevölkerung um ihr Recht freier Selbstbestimmung zu betrügen, sie französischer Gewaltthätigkeit dauernd zu überlassen, das Deutsche Reich und Volk unter der Wägen einer von nur an „garantierter Sicherheit“ zu erhalten, als Fronkolonie und wahrloses, dienendes Mitglied des sogenannten Völkerbundes, in ewiger politischer und wirtschaftlicher Ohnmacht und Abhängigkeit. Die Gestaltung der deutschen Grenzen soll der Gnade der Mächte überlassen bleiben. Zwischen Deutschland, als Hausdiener der Mächte, und dem benachbarten Rußland soll eine hohe politische Scheidewand errichtet werden. Das Ganze erlaubt sich die deutsche Regierung „Sicherheitspakt“ zu nennen. Dabei handelt es sich um keinen Pakt, sondern um ein freiwilliges Sklavereivereinbarung, und ebensowenig um eine Sicherheit, denn dieser „Pakt“ gibt das Deutsche Reich und Volk machtlos und wehrlos fremder Willkür preis; unter den Füßchen des internationalen Kapitalismus.

Die Regierung hat die erregte Zeit der Präsidentschaftswahl benutzt, um voll bösen Gewissens schüchtern den „Sicherheitspakt“ der Öffentlichkeit bekanntzugeben. An uns Völkischen ist es, an uns allein, — da die Deutschnationalen, selbst in der Regierung sitzend, sich schamlos haben, — in allen deutschen Gauen die Gemüter aufzuklären und zu wecken und zusammenzufassen in den einzigen Ruf: Nein, nie darf dieser Sklavenspakt zur Wirklichkeit werden!

Tausendmal hat man in der Rechtspresse gelesen, der „internationale marxistische Einfluß“ müsse ausgeschaltet werden, dann erst werde es möglich sein, eine Politik der nationalen Befreiung zu treiben. Und jetzt? Und jetzt?

Stressemann, Luther, Schiele, Schlieben, Reuhaus, morgen vielleicht auch Hergt und Westarp — lauter „internationale Marxisten“ und „Erfüllungspolitiker“! Es wäre zum Weinen, wenn es nicht so überwältigend komisch wäre!

Rechtsblockade in Preußen.

Die Deutschnationalen rufen den Staatsgerichtshof an.

Der ständige Ausschuss des Landtags hat in zwei Sitzungen den dringenden Notverordnung zugestimmt, die das Kabinett erlassen muß, wenn in Preußen nicht ein Zustand der Gefährdung und der Rechtsunsicherheit eintreten soll. Daß es dazu gekommen ist, ist die Schuld des Rechtsblocks, der Preußen eine Dauerkrise beschert hat, ohne die Macht zu besitzen, es aus der Krise herauszuführen. Aber die Schuldfrage spielt hierbei keine Rolle. Rechtlich sind das geschäftsführende Ministerium und der Ständige Ausschuss nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, die Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Wenn der Rechtsblock sich dem widersetzt, wenn er sich — allerdings vergeblich — bemüht, den Ständigen Ausschuss durch Obstruktion auseinanderzurufen, so zeigt das einen Mangel an Verantwortungsgesühl dem Staat und dem Volk gegenüber, der nur zu gut in das Bild dieser brutalen kapitalistischen Fronde paßt, deren Klassenegoismus vor nichts halt macht.

Die Volkspartei verurteilt ihr Verhalten damit zu entschuldigen, daß die Zusammensetzung des Ständigen Ausschusses nicht der des Landtags entspricht. Das mag fatal für die Herren von der Rechten sein, aber es ist nicht zu ändern, da das Zustandekommen des Ausschusses durchaus ver-

fassungsmäßig erfolgt ist. Deswegen die verantwortliche Mitarbeit zu verweigern, erinnert gar zu sehr an das Verhalten eines dummen Jungen, der beim Spiel davonläuft, weil ihm irgend etwas nicht paßt.

Die deutschnationale Fraktion, die Führerin in diesem abernen Spiel, hat außerdem beschlossen, die Notverordnungen beim Staatsgerichtshof als ungültig anzusehen. Was für Gründe sie dabei ins Feld führt, ist vorläufig ihr Geheimnis. Daß der deutschnationale Schritt erfolgreich sein wird, erscheint von vornherein ausgeschlossen. Auf die Verfassung kann sich die Fraktion nicht berufen. Wenn sie sich darauf berufen sollte, daß der Begriff der „laufenden Geschäfte“ vom Kabinett Marz übernommen worden sei, so braucht nur auf einige Präzedenzfälle, wie den Unfug der Emmingere und das 700-Millionen-Geschenk an die Schwerindustrie, hingewiesen werden. Es braucht nur daran erinnert zu werden, mit welchem Jubel die Deutschnationalen die tatsächlichen Verfassungsverletzungen Kahr begrüßt haben, die das Reich an die Schwelle des Bürgerkriegs führten.

Sachliche Gründe sind es also nicht, die die Herren vom Rechtsblock leiten. Im Gegenteil, ihre Vertreter in der oldenburgischen „Beamten-Regierung“ haben soeben das bewiesen, daß sie auf die Verfassung und den Volkswillen pfeifen, wenn sie an der Macht sind. Aber das ist es gerade, was sie wollen. In Preußen wünschen sie ein „Beamten“-Kabinett nach oldenburgischem Muster. Weil sich der geschäftsführende Ministerpräsident Preußens und die republikanischen Parteien den dahingehenden Erpressungsversuchen nicht willfährig zeigen, läuft man zum Staatsgerichtshof. Wölfe im Schafspel!

Die Kommunisten unterstützen den skrupellosen Kampf des schwarzweißroten Rechtsblocks natürlich nach Leibestrafen. Laufen Deutschnationalen und Volksparteiler aus dem Saal, so laufen sie gehoramt mit. Die Weltrevolution ist von Moskau zwar offiziell abgelehnt, und ein Kind kann sich ausrechnen, daß dem Arbeiter unter diesen Umständen auch die letzte Hoffnung auf eine noch so dürftige Besserung seiner Verhältnisse zunichte wird, wenn es nicht gelingt, dem mächtigen Rechtsblock einen noch mächtigeren Berorauerblock gegenüberzustellen — aber die Thälmannsche Scheinreden: „Wenn sich nicht Weltrevolution, dann Weltreaktion; den Arbeitern kann es gar nicht dreißig genug gehen!“

„Landesverrat“.

Das Verfahren gegen Prof. Quibde eingestellt!

München, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Februar 1923 veröffentlichte der bekannte Pazifist Professor Dr. Quibde einen Artikel in der „Welt am Montag“, der sich scharf gegen die bismarckianischen Organisationspläne und vor dieser Soldaten-Spielerlei warnte, da sie Deutschland außenpolitisch schweren Schaden zufügen geeignet sei. Wegen dieses Artikels wurde Quibde und der verantwortliche Redakteur der „Welt am Montag“, Herr v. Gerlach, wegen Landesverrats in den Anklagezustand versetzt. Quibde wurde außerdem vom Münchener Staatsanwalt 8 Tage in eine für den großen Gelehrten unwürdig verlaufene Untersuchungshaft genommen, weil er diesen Artikel an pazifistische Organisationen des Auslandes verschickt hatte. Nunmehr hat der 4. Senat des Reichsgerichts beide Angeklagte auf Antrag des Oberreichsanwalts außer Verfolgung gesetzt und die Kosten des Verfahrens der Reichskasse aufgebürdet.

Nach Kahr'schem Muster.

Knebelung der Nationalsozialisten.

Jagolstadt, 27. März. (W.B.) Das Bezirksamt Jagolstadt hat eine von der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Jagolstadt, für heute Abend anberaumte öffentliche Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Stroßner-Landshut über das Thema „Der Berliner Sumpf“ sprechen wollte, verboten und dies damit begründet, daß Reichstags- und Landtagsabgeordneter Stroßner ein unbedingter Anhänger Hitlers sei und daß er außerdem in Sitzungen des bayerischen Landtages durch unqualifizierbare Zwischenrufe gegen die bayerische Staatsregierung gezeigt habe, daß ihm das erforderliche parlamentarische und politische Taktgefühl und das für einen Versammlungsredner notwendige Maß von Selbstbeherrschung erheblich mangle. Die Polizeibehörde sei verpflichtet, Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern. Sie habe sich deshalb zu dem Verbot genötigt gesehen.

Kein neuer Sicherheitsvorschlag.

W.B. meldet: In verschiedenen Pressenmeldungen ist von einem neuen Memorandum der Reichsregierung in der Sicherheitsfrage die Rede. Wie wir von unterrichteter Seite hören, sind diese Meldungen unzutreffend. Den alliierten Regierungen ist ein neues deutsches Memorandum in dieser Angelegenheit nicht überreicht worden. Auch beabsichtigt die Reichsregierung die Ueberreichung eines solchen Memorandums zurzeit nicht.

Der französische Botschafter in London, Fleuriau, hatte leßthin Meinungsäußerungen Baldwins und Chamberlains über Stressemanns Sicherheitsvorschlag Herriot überbracht. Er ist jetzt nach London zurückgekehrt, angeblich mit einem Entwurf der an Deutschland zu richtenden Fragen. Man rechnet damit, so wird weiter gemeldet, daß die Londoner Prüfung und vielleicht Ergänzung dieser Fragen und die dann wahrscheinlich anschließende weitere Auseinandersetzung Paris-London wochen-, ja monatelang dauern werde. Gut Ding will Weile haben. . .

Kontrollbericht und Kölner Zone.

Paris, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Redung des „Welt Parisien“ (im Freitagsabend, „Vorwärts“ wiedergegeben. Red.), daß die Fertigstellung des Gutachten des Militärkomitees in Versailles schon heute Freitag zu erwarten sei, hat sich als verfehlt erwiesen. Richtig ist lediglich, daß es zwischen den alliierten Regierungen zu einer Einigung über die Festlegung der dem Komitee zu unterbreitenden Fragen gekommen ist und daß der auf Grund dieser Verständigung ausgearbeitete Fragebogen am Freitag oder Sonnabend dem Präsidenten des Komitees, Marshall Foch, übergeben werden wird. Das Komitee soll nach den Beschlüssen der Botschafterkonferenz vom 3. März die deutschen Verfassungen ihrer Schwere nach klassifizieren und gutachten die Maßnahmen bezeichnen, um die Abrüstung Deutschlands zu sichern und damit die in Artikel 429 festgelegten Voraussetzungen für die Räumung der Kölner Zone zu schaffen.

Das deutsch-französische Friedensstatut in Mainz hält am 2. April eine weitere Versammlung ab, in der die Einzelheiten der Organisation besprochen und festgelegt werden sollen.

Gewerkschaftsbewegung

Behördlicher Unternehmerchutz.

Am 20. Januar d. J. hat der Reichsarbeitsminister eine Verordnung auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 erlassen, die die Arbeitszeit in Kokereien und Hochofenwerken auf acht Stunden beschränkt. Diese Arbeitszeitgrenze soll am 1. April d. J. in Kraft treten. Den obersten Landesbehörden ist die Befugnis erteilt, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Arbeitszeitbeschränkung hinauszuschieben, soweit sie infolge der besonderen Umstände die wirtschaftliche Lage des Anfrastretens bis zu diesem Zeitpunkt ohne schwere Gefährdung der bezeichneten Gewerbebranche nicht gestattet. Der preussische Handelsminister hat indes erklärt, daß er für seinen Bereich von dieser Ausnahme keinen Gebrauch zu machen gedenkt.

Danach hätte man annehmen müssen, daß die Verordnung vom 20. Januar 1925 nunmehr am 1. April in allen Teilen Preussens in Kraft gesetzt werde. Aber wie es scheint, regiert in Preussen nicht die vom Landtag eingesetzte Regierung, sondern nach ihrem eigenen Belieben die unterstellten Behörden. Am 19. März d. J. hat das Oberbergamt Breslau eine Entscheidung erlassen, wonach die Verordnung des Reichsarbeitsministers für den Bereich des Arbeitgeberverbands für die ober-schlesische Montanindustrie glatt außer Kraft gesetzt wird. Diese Entscheidung stützt sich auf einen Antrag des genannten Arbeitgeberverbands und genehmigt auf Grund der §§ 1, 6, 7 und 14 Abs. 2 der Arbeitszeitverordnung und auf Grund des Gesetzes des Ministers für Handel und Gewerbe vom 4. Januar 1924 (Reichsgesetzbl. S. 42) aus Gründen des Gemeinwohls, daß in den dem genannten Arbeitgeberverband angeschlossenen Betrieben die Arbeitszeit in den der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Kokereien für die in der Verordnung vom 20. Januar 1925 genannten Arbeitergruppen bis zu zehn Stunden ausgedehnt werden darf. Diese Genehmigung soll bis zum 31. Dezember 1925 gelten. Sie könne vor Ablauf der festgesetzten Frist widerrufen werden, wenn insbesondere eine wesentliche Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse dies für gerechtfertigt erscheinen lasse.

Diese Entscheidung ist geradezu ein Hohn auf den Arbeiterschutz. Mehr als zwei Jahre haben die Hüttenarbeiter, für die der § 7 der Arbeitszeitverordnung in allererster Linie vorgesehen war, auf dessen Durchführung warten müssen. Der Reichsarbeitsminister selbst hat diesen Teil des Gesundheitsschutzes als besonders vordringlich bezeichnet und nicht warten wollen, bis das Gesamtverzeichnis der den § 7 zu unterstellenden Betriebe vom Reichswirtschaftsrat begutachtet ist. Der Arbeitsausschuss hat vor Erlaßung seines Gutachtens auch ober-schlesische Hüttenwerke und Kokereien beschäftigt, an der sowohl aus Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerkreisen Sachverständige hinzugezogen waren. Kaum ist die längst erwartete Schutzverordnung erlassen, so kommt jetzt noch flugs vor deren Inkrafttreten eine Bergbehörde daher und hebt ihre Geltung bis zum Jahreschlusse wieder auf. Da sich eine solche Ausnahme-erstellung nicht auf den Vorlauf der Verordnung vom 20. Januar 1925 stützen kann, so nimmt sie ihre Zuflucht zu dem Begriff des Gemeinwohls. Hierüber heißt es in § 7 der Arbeitszeitverordnung, daß eine Überschreitung der nach § 1 Satz 2 und 3 festgesetzten Grenzen (achtstündige Arbeitsdauer) für die dem § 7 unterstellten Gewerbebranche oder Gruppen von Arbeitern unzulässig sei, wenn sie aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich sei. Was unter solchen Gründen des Gemeinwohls zu verstehen ist, wird im § 7 nicht näher erläutert. Der Kommentar des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Fr. Syrup sagt darüber:

„Das öffentliche Interesse (= das Interesse des Unternehmers oder seiner Arbeitnehmer kommt nicht in Betracht) muß ein so großes, dringendes sein, daß die mögliche Beeinträchtigung der Arbeitnehmer an Leben und Gesundheit durch die lange Arbeitszeit vor dem Gemeinwohl zurückzutreten hat.“

Hier wird also Gemeinwohl sehr richtig von dem wirtschaftlichen Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterschieden. Für das Oberbergamt Breslau scheint sich aber der Begriff des Gemeinwohls mit dem wirtschaftlichen Interesse der Arbeitgeber zu decken, denn es stellt ausdrücklich einen Widerspruch in Aussicht, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wesentlich geändert haben sollten. Man muß schon völlig durch die Unternehmerbrille sehen, um zu solcher Wertung des „Gemeinwohls“ zu gelangen. Bei näherer

Überlegung hätte das wirkliche Gemeinwohl geradezu verbieten müssen, eine solche Ausnahmegenehmigung zu erteilen. In Oberschlesien kämpft die Bevölkerung seit Jahrzehnten um die Gleichberechtigung. Das Gefühl, politisch unterdrückt und rechtlich zurückgestellt zu sein, hat die Abstimmung über die Zugehörigkeit des Landes zum Deutschen Reich oder zu Polen in der unheilvollsten Weise beeinflusst. Ueberall bei unseren Betriebsbeschäftigten und Rüstsprachen in ober-schlesischen Hüttenwerken und Verkokungsanlagen wurden wir von Arbeitgebern wie Arbeitnehmerseite auf das dringendste vor einer ungleichen Behandlung des ober-schlesischen Industriebezirks gewarnt, da dies aus politischen Gründen unerträglich wäre, ja geradezu politisch katastrophal wirken würde. Man dürfe bei der ober-schlesischen Bevölkerung unter keinen Umständen das Gefühl einer Ausnahmestellung, eines minderen Schutzes, einer gesteigerten Ausnutzung der Arbeitskraft aufkommen lassen. Daß diese politischen Gründe auch heute, noch dem ober-schlesischen Volkssensibel, noch in allem Umfang gelten, müßte nach den Debatten über den Abschluß eines

Noch ist es Zeit zur Wahl des Reichspräsidenten unter den Unentschlossenen zu agitieren und sie zu veranlassen, Otto Braun zu wählen!

Garantievertrags für die Grenzen im Westen und Osten ohne weitere Erläuterung verständlich sein. Da nur friedliche Mittel eine Revision der ober-schlesischen Grenzfestlegung ermöglichen können, so hat die deutsche Regierung allen Grund, auf friedlichen Wege Eroberungen bei der dortigen Bevölkerung zu machen. Die Brüstierung der ober-schlesischen Arbeiterschaft in ihren sozialpolitischen Erwartungen ist das direkte Gegenteil davon.

Das Breslauer Oberbergamt muß geradezu mit Blindheit geschlagen sein, daß es das nackte Interesse der deutschstämmigen Bevölkerung mit dem Gemeinwohl identifiziert. Um so mehr hat die preussische Regierung allen Anlaß, diese Art von Auslegung des § 7 der Arbeitszeitverordnung rückgängig zu machen. Auch das Reichsarbeitsministerium sollte sich gegen solche behördliche Maßnahmen, die seine Verwendung illusorisch machen, zur Wehr setzen, denn was bliebe vom ganzen § 7 der Arbeitszeitverordnung übrig, wenn eine solche Auslegung des § 7 überall Platz griffe?

Die Gewerkschaften aber werden alle Mittel ergreifen, um die Entscheidung des Breslauer Oberbergamts zur Aufhebung zu bringen.

Paul Umbreit, Berlin,

Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Ausperrung in der Gummikonfektion.

Mit dem Arbeitgeberverband der Berliner Gummimantelfabrikanten fanden seit Oktober v. J. Lohnverhandlungen statt. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Am 25. Februar wurde den Arbeitnehmern durch Schiedspruch ein Stundenlohn von 53 Pf. für Arbeiterinnen und 71 Pf. für Männer zugesprochen. Diesen Schiedspruch lehnte der Arbeitgeberverband ab. Vom Deutschen Belfeldungsarbeiterverband wurde nunmehr beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit des Schiedspruchs beantragt. Diesem Antrage ist am 23. März vom Reichsarbeitsministerium stattgegeben worden. Die Arbeitgeber haben als Antwort darauf die Ausperrung der Arbeitnehmer vorgenommen. Aus dieser Brutalität der Arbeitgeber wird die Kollegenschaft in der Gummikonfektion ihre Lehren ziehen. Sie ist nicht gewillt, sich in so rigoroser Weise von den Arbeitgebern behandeln zu lassen. Wir rufen daher alle in der Gummimantelfabrikation Beschäftigten auf, zu dem am Montag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, in den Rasthausfestalen, Landsberger Straße 31, stattfindenden Verammlung vollständig zu erscheinen! Deutscher Belfeldungsarbeiterverband, Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38.

Tapeziererstreik!

In dem Tapeziererstreik sind auch die Kleber beteiligt. Wir ersuchen alle Arbeiter, auf Bauten sowie privat darauf zu achten, daß Klebearbeiten nicht verrichtet werden. Wir bitten auch die Kollegen Kleber unbedingt Solidarität zu üben und nicht Arbeiten zu übernehmen, die von Klebern verrichtet wurden. Diese Arbeiten stellen Streikarbeit dar. Die Zentralstreikleitung.

Die Bergarbeiter nahmen den Schiedspruch an.

Essen, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiterverbände haben den Schiedspruch für den Kohlenbergbau angenommen. (Die Bergwerkbefugter werden ihn jedoch höchstwahrscheinlich ablehnen. Red. d. V.)

Der Bergarbeiterverband auf der Höhe.

Bochum, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Freitagabend liegt das Resultat der Betriebsrätewahlen von 100 Betrieben vor. Es erhielt der Bergarbeiterverband 478 Mandate, der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter 206 Mandate, der Gewerksverein Hirsch-Dunker 7 Mandate, die Unionisten 221, sonstige 7 Mandate. Von insgesamt 926 Mandaten erhielt der Bergarbeiterverband also 37 Mandate mehr als die übrigen Gruppen zusammen. Nach dem bisherigen Ergebnis ist mit einem Stimmenverlust der Unionisten von über 50 Proz. zu rechnen.

Der Streik der Diamantschleifer beendet.

Frankfurt a. M., 27. März. (II.) Der Ausstand der Diamantschleifer in Hanau und Eschach ist beendet. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen. Der Lohnsatz wird um zehn Prozent erhöht.

Um die Konkurrenz.

London, 27. März. (B.T.B.) In einer Konferenz der Schiffbauangestellten und der Vertreter der Gewerkschaften der mit dem Schiffbau in Verbindung stehenden Industrien, die heute in London tagte, wurde die Lage dieser Industrien im Hinblick auf die ausländische Konkurrenz, besonders in Deutschland, Holland und Frankreich erörtert. (Diese Konferenz wurde bereits im „Vorwärts“ Nr. 133 angekündigt als „Bemerkenswerte Verhandlungen“ und glossiert.)

London, 27. März. (B.T.B.) Auf der Konferenz der Schiffbauangestellten regte der Sprecher der Arbeitgeber die Einsetzung eines Gemischten Ausschusses zur Untersuchung der gesamten Arbeitsbedingungen und der gegenwärtigen Lage der Industrie an. Er erklärte ferner, man könne möglicherweise an die Regierung mit der Bitte herantraten, den auswärtigen Regierungen zur Kenntnis zu bringen, daß die Lebenshaltung der gesamten europäischen Arbeiterschaft gefährdet werden würde, wenn Holland und Deutschland die 48-Stundenwoche nicht einhielten.

Der Streik im Buchdruck- und Buchbindergewerbe in London, der einige Tage dauerte und einen vorübergehenden Ausfall hauptsächlich der Wochenchriften verursachte, ist Freitag morgen nach 15tägigen Verhandlungen beigelegt worden.

Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.

Am Dienstag, den 31. März, abends 6 Uhr, im Breslauer Kasino, Breslauer Str. 96, Mitgliederversammlung. 1. Bericht über den Jahresbericht und den Jahresabschluss des Schiedsgerichts. 2. Beschlüsse über den Streik. An der Abstimmung können sich nur Mitglieder beteiligen; deshalb ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. Kubers- und Nichtorganisierte sind eingeladen!

Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.

Deutscher Bauergewerksbund, Beschlüsse. Die Wahl der Delegierten zur Reichstagesversammlung. 1. Bericht über den Jahresbericht und den Jahresabschluss des Schiedsgerichts. 2. Beschlüsse über den Streik. An der Abstimmung können sich nur Mitglieder beteiligen; deshalb ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. Kubers- und Nichtorganisierte sind eingeladen!

Deutscher Bauergewerksbund, Beschlüsse. Die Wahl der Delegierten zur Reichstagesversammlung. 1. Bericht über den Jahresbericht und den Jahresabschluss des Schiedsgerichts. 2. Beschlüsse über den Streik. An der Abstimmung können sich nur Mitglieder beteiligen; deshalb ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. Kubers- und Nichtorganisierte sind eingeladen!

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: A. S. Böcker; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Gledt; Redaktion in Berlin, Berlin: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Paul Gieseler u. Co., Berlin, Lindenstraße 3.

Vertrieb: Paul Gieseler u. Co., Berlin, Lindenstraße 3.



PETERS-UNION
Fahrrad-Reifen
Höchste Qualität daher preiswert.

Besonders günstige Angebote

Jumper-Untertaillen 95 Pf.	Damen-Hemden 1 ²⁵ guter Wäschstoff.....	Damen-Strümpfe 58 Pf. mit Doppelnaht u. Hochferse, schwarz u. farbig,..... Paar	Jumper 3 ⁹⁰ aus gutem barwollenen Geze mit Handdruck in vielen Farben	Damen- und Herren-Sportwesten 9 ⁷⁵ reine Wolle.....
Damen-Leder-Handschuhe 4 ⁹⁰ Schweden, eleg. Ausstattung, mit Kniepolsterung.....	Einzelpaare: Halbschuhe 5 ⁵⁰ für Damen, in verschiedenen Lederarten,..... Paar	Einzelpaare: Herren-Stiefel u. Halbschuhe 10 ⁵⁰ in verschied. Ausst., 1235 moderne Form, Paar	Washbare Kunstseide 2 ⁵⁰ gestreift..... Meter	Bedruckter Wollmusselin 2 ⁶⁵ in grossem Sortiment.....
Farbige Schürzen 2 ⁴⁵ Wiener Form, in Water, samt Kretonne und Indigo.....	Taschentücher 15 Pf.	Herren-Selbstbinder 90 Pf. in vielen Mustern.....	Schwarze und braune Aktenmappen 4 ²⁵ kräftige Bindleder, mit Griff und Sohle, ca. 40 cm gr., durchweg	Echte Leder-Besuchstaschen 85 Pf. in verschiedenen Farben.....
Stuben-Handtücher 90 Pf. Gerstenkorn, 44 x 160.....	Etamin-Halbstoren 2 ⁷⁵ mit Einsätzen und Spitze.....	Portieren-Garnitur 2 ⁶⁵ reine Messing, 150 cm l., m. 3 Ring 2 Enden, 1 Träg., 1 Hak., kompl.	Herren-Taschenuhr 3 ⁹⁰ gutgehend, deutsches Ankerwerk.....	Herren-Breeches-Hosen 7 ⁷⁵ gute Passform, mit doppelter Gürtel.....

MERDMANN TIETZ



DIE ERHOLUNGSPFLEGE DER STADT BERLIN

Eine wesentliche Besserung des Gesundheitszustandes der Berliner Schulkinder kann bis zum heutigen Tage keineswegs festgestellt werden. Dagegen ist eine ständige Steigerung der Zahl der Kinder zu beobachten, die nach der Schullassung wegen ihrer schwachen Gesundheit nicht imstande sind, einen Beruf zu ergreifen.

Geringe Mittel für Kindererschickung.

Im Etatsjahr 1924, das mit dem März zu Ende geht, war den Bezirksämtern für Kindererschickung insgesamt ein Betrag von 140 000 M. zur Verfügung gestellt worden. Dazu kamen noch 100 000 M. als Nachtrag zur Durchführung von Winterkuren.

Wintererschickungen nachbewilligten. Auch vom Verein Landesaufenthalt für Stadtkinder wurden Mittel in fast der gleichen Höhe dem Jugendamt überwiesen.



Denkt an diese!

Die Fälle dringender Erholungsbedürftigkeit verfolgt werden konnten, hat sich daher die Konferenz der Bezirksjugendamtsbezugenen im November einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß für 1925 mindestens 800 000 M. erforderlich sind, um den Jugendämtern die Durchführung der Arbeit zu ermöglichen.

25 Proz. der Kinder erholungsbedürftig.

Daß dieser Betrag das Mindestmaß dessen darstellt, was zur Durchführung der Erholungspflege erforderlich ist, dürfte schon aus folgender Aufrechnung klar hervorgehen: Im Sommer 1924 gab es in Groß-Berlin insgesamt 824 Schulen mit 402 479 Schülern.

Wenn man für die Verschickung eines Kindes auf 6 Wochen einen Mindestbetrag von 70 M. zugrunde legt, so kann man für 200 000 Mark rund 2500 Kinder im Jahr verschicken. Es kämen demnach 1/5 Proz. aller Schüler oder von jeder Schule etwa 2 Kinder auf häßliche Kosten zur Verschickung.

Sollte der Magistrat bei den jetzigen Verhandlungen nicht noch ganz wesentlich seine Stellung ändern, dann wird es Aufgabe unserer Genossen im Gemeindepalast sein, dem mit aller Energie entgegenzutreten. Jede Mark, die man an dem unterernährten Großstadtkinde sparen will, verursacht der Gemeinde und dem Staate später tausendfältige Kosten.

Die Ueberfallkommandos.

Nach einer Ueberfall des Kommandos der Schutzpolizei sind die Ueberfallkommandos in der Zeit vom 16. Januar bis 15. März d. J. in nicht weniger als 720 Fällen alarmiert worden. Davon waren 657 Fälle begründet. Von diesen waren 280 Fälle von Erfolg, 236 Fälle ohne Erfolg und in 141 Fällen war der Verfall bei Eintreffen des Ueberfallkommandos bereits von Polizeistreifen erledigt.

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

Auf den seltsamen Besuch des Wanderpeters folgte eine Periode des Wohlstands. John Strong'nith'arm kehrte als anderer Mensch in die Werkstatt zurück, oder zumindest schien dies dem kleinen Anthony so. Der Vater hatte sich in einen ruhigen, selbstlicheren Menschen verwandelt, der während der Arbeit munter zu pfeifen pflegte.

werden, die Werkstatt aufzuräumen, die Hunde des Onkels zu kämmen. Sogar das Anstecken des Herdfeuers war ein Vergnügen, selbst dann, wenn es so kalt war, daß man nicht wußte, ob man überhaupt noch eine Nase habe und nur fühlte, was die Hände tun, indem man sie anschaute.

Der Vater wollte von dem Fräulein Warmington nichts wissen — er hatte sie im Zusammenhang mit einem Kessel lernengelernet. Spöttisch ahmte er die hohe schrille Stimme des älteren Fräuleins Warmington nach. Sie würden den Anaben affig machen, ihn Dinge lehren, die nicht zu seinem Stand paßten.

erschrocken dreinblickende Dame mit roten und schlanken Fingern zu sehen. Frau Strong'nith'arm sah am äußersten Rand des Koffhaarsessels; es fiel ihr schwer, nicht herabzugleiten. Anthony John auf einem ebensolchen Stuhl, bewältigte dieses Problem, indem er sich weit zurücklehnte und das eine Bein nach unten schob.

(Fortsetzung folgt.)

Unpolitische . . .

Lurusdiele im Westen. Die letzten Tage des Wahlkampfes. Ueberall Fieber, Nebelwolken, nationalistische Instatverschleier, hitzige Diskussionen, Zusammenstöße

Vor dem engen, hellerleuchteten Eingang stehen die Flugblattverteiler.

Junge, eifrige Burschen: Reichsbannerleute, Thälmann, Bismarckknaben.

Wählt, wählt, wählt

Ein Kavallerist im Frack, schwankend wie ein Dreimaster im Ozeansturm, torckelt vorüber, links und rechts zur Sicherung je eine Dame. Ein Dämchen. Devise: $\frac{1}{2}$ Format

Eine Wolke von Parfüm schlägt in die kalte Vorfrühlingsluft. Kurs: die mondäne Unterhaltungsstätte der faulenzenden Welt.

„Wählt, wählt, wählt“

Der Atem von Ideen schlägt dem Weinselligen entgegen. Verwundert bleibt er stehen.

„Was wollen Sie? Das ist ja Mist. Was soll denn der Unfug? Wir wollen uns amüsieren.“

Sprachs und verschwand mit seinem Anhang hinter Cherry Brandys und Cocktails, um seiner Welt zu leben.

Politischer Kampf ist nicht immer schön. Sehr viel Schmutz ruht im Untergrund einer verleumderten Presse.

Aber diese, die außerhalb aller Kreise stehen, sind vielleicht die Schlimmsten.

Selbst die erregteste Phantasie würde den komprimierten Schmutz nicht für möglich halten, den unkontrollierbares Gesindel gestern nachmittag und heute früh auf den Straßen verteilt und das wir, da es für Jarres, den „lerndeutschen Mann“, in seiner Reichstagsrede nicht, den Jarres-Blockisten zurechnen müssen, bis kein öffentlicher Widerruf erfolgt. Man höre die Dubelst: „Deutsche! Säubert Deutschland von dem marxistischen und pazifistischen Ungeziefer, das euch nach dem Bunsche Frankreichs die Pest bringen soll. Vernichtet die Pestbazillen und wählt den Mann ferndeutscher aufrichtiger Gesinnung, wählt Jarres.“ Soweit haben es also die Republikaner gebracht: Sie müssen einen Wahlkampf gegen Unzurechnungsfähige führen, gegen Burschen, die, wenn man sie mit der Kneifzange fassen würde, den Schutz des § 31 des Strafgesetzbuches für sich in Anspruch nehmen würden. Der Mann, für den solche Subelatrobatoren eintreten, der Mann, dessen Kandidatur solche Gossentavallere propagieren, ist Dr. Karl Jarres.

Der Rechtsblock scheint alle Säuglingsheime in Berlin und Umgebung mobilisiert zu haben, um sie auf Laulautos zu verpacken und mit schwarzweißroten Fahnen spazieren zu fahren. So haben gestern durch verschiedene Stadtteile, besonders auch im Sanatorium, Wagen mit Musik, Trommeln und Trompeten umher. Es wird uns glaubhaft versichert, daß die Insassen in keinem Falle über 13 Jahre alt gewesen seien. Die Jarreserei droht zu einem Räderkreuzzug auszuarten. . . .

„Mein lieber Weberstedt“

Briefe Ludendorffs über die völkische Bewegung gestohlen.

Ein bestes Tagesgespräch der Einbrüche sind seit einiger Zeit die Villengrundstücke am Teltow-Kanal in Lichterfelde. Soeben wurde auch der Major a. D. Weberstedt von ihnen heimgegriffen.

Die Verbrocher drangen vom Kanal aus in seinen Garten an der Teltower Straße ein, drückten an der Hintertür der Villa eine Glaschelle ein, langten durch die Öffnung, kletterten auf und kamen so in die Wohnräume. Aus einem Schreibtisch erbeuteten sie eine neue kratzblecherne Aktentasche, die handschriftliche Briefe des Generals an den Major a. D. enthielt. Alle Briefe beginnen mit: „Mein lieber Weberstedt“ und sind unterschrieben: „Mit deutschem Gruß! Ludendorff.“ Sie enthalten Informationen und Presseartikel über die völkische Bewegung. Die Verbrocher nahmen außerdem einen Herrenpelz und eine Spange mit einer Reihe Orden mit. Unblich alle Gaben vom Geburtstagskind der zehnjährigen Tochter des Bestohlenen, ein Kleidchen, ein Paar Handschuhe, Strümpfe und eine kleine schwarzlederne Besuchsmappe. — In der Nähe dieser Behausung waren die Verbrocher einige Tage vorher auf einem ähnlichen Wege in das Haus Brennerstraße 6 eingedrungen. Hier hätten sie für 12000 Mark Silberzeuge und Teppiche erbeutet. Mitteilungen zur Aufklärung der Einbrüche an Kriminalkommissar Golzow, Dienststelle P. L. 1 im Polizeipräsidium.

Zusammenbruch Syrit-Webers. — Peters geisteskrank?

Hermann Weber ist nach seiner Wiedererlieferung in das Untersuchungsgefängnis in Moabit bereits mehrfach vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Auch am Donnerstagsvormittag wurde Weber von neuem zu einer Vernehmung im Beisein seiner Verteidiger sowie seines Prager Rechtsvertreters, der Weber auf dem Transport nach Berlin begleitet hatte und sich nach hier aufhält, dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er gab gleich zu Anfang Zeichen großer Aufregung zu erkennen, verlangte wiederholt nach Wasser und schlug dann plötzlich lang hin, tobte und konnte von dem Justizwachmeister nur mit Mühe festgehalten werden. Der zufällig im Hause anwesende Assistenzarzt Dr. Schulz aus der Frauenklinik leistete die erste Hilfe und ordnete die Ueberführung Webers in das Bazarlet des Untersuchungsgefängnisses an. Es soll sich um einen hysterisch-epileptischen Krampfanfall handeln.

In dem Ermittlungsverfahren gegen den früheren Leiter der Abteilung W des Polizeipräsidiums, Kriminalkommissar Peters, der der Beamtenbestechung und der Begünstigung im Falle Weber beschuldigt wird, sind Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit erhoben worden. Die ganze Art seines Auftretens hat seinen Verteidigern Anlaß zu Ermittlungen gegeben, die dahin geführt haben, die Behauptung aufzustellen, daß er erblich belastet sei, und andererseits als Offizier im Kriege einen schweren Schädelbruch erlitten hat. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Heynemann, hat dem Antrage entsprechend die Willkürakten herbeigezogen und die Familienangehörigen vernommen. Er hat nunmehr auch Medizinalrat Dr. Stoerner beauftragt, Kriminalkommissar Peters einer Untersuchung auf seinen Geisteszustand zu unterziehen.

Vor der Entscheidung.

Aus unseren letzten Wählerversammlungen.

Jrgendwo am Abend im weiten Groß-Berlin . . . Die Fabriken schließen, die Kontore, die Läden; doch bevor sich die Fleißigen, die sie den ganzen Tag, gestern wie heute und heute morgen, bebüßern, trennen, rufen sie einander zu: „Heute abend Wählerversammlung!“ Reibisch ob solchen Zusammengehörigkeitsgefühls blüht scheinbar ein Jarresist, dort ein Kommunist,

Oeffentliche Kundgebungen

heute, Sonnabend, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr:

Schöneberg: Siedlung Lindenhof, Ledigenheim.

Tempelhof: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße.

Tege: Schollentrug, Freie Scholle.

Biesdorf-Süd: Dieg Köpenicker Straße.

Karow: Peters (vorm. Sudow), Dorfstraße.

Galow: Zur Linde.

Redner: Göring, W. Hoffmann, Dr. Freund, Landa, Bitte, Ruben.

Tagesordnung in allen Kundgebungen:

für den Präsidentschaftskandidaten Otto Braun!

Prenzlauer Berg: Heute, Sonnabend, abends 5 1/2 Uhr (nicht 6 1/2, wie zuerst angegeben): Treffpunkt zur öffentlichen Kundgebung Ecke Schönhauser Allee und Bornholmer Straße.

dem gern sähen die Gegner Dummheit und Schwäche im Lager des in der Sozialdemokratie fest zusammengeschlossenen Proletariats. Aber trotz aller Zerstückelungsversuche ist um acht Uhr abends, wenn der Bezirksvorsitzende die Versammlung eröffnet, der Saal des gemählten Lokals voll, wenn nicht sogar überfüllt. Die Barocke Otto Braun sieht die Alte und Junge sind gekommen, Männer und Frauen, Arbeiter und Angestellte, einzeln, paarweise, familienweise. Unabsehbar ist die Zahl derer, die einen Präsidenten an der Spitze sehen wollen, der die Republik und nur die Republik schützt, weil sie wissen, daß auf anderem politischen Boden niemals sozialistische Gedanken Wirklichkeit werden können. Das Bebelwort „Die Republik ist der Friede, die Monarchie ist der Krieg“ läßt sich noch den Erkenntnissen der letzten Jahre nun schon so erweitern: Die Republik ist das Brot, die Monarchie ist der Hunger! Ernsteste Aufmerksamkeit finden die Ausführungen des Redners, der in klaren Worten das zu formulieren versteht, was in diesen Stunden der Entscheidung alle Herzen bewegt. Raum einer taucht eine Zigarre, kaum einer trinkt ein Glas Bier; wenn's der Taft nicht verbietet oder die Erkenntnis, gestatteter Gemüth der Geldbeutel nicht. Schon am Saaleingang war es ja Pflicht, „zur Deckung der Unkosten“ ein Weniges beizutragen. Aber die Zustimmung, die häufig den Redner unterbricht, beweist, daß „Mühe“ und „Kosten“ nicht umsonst waren. Donnerer Beifall dröhnt auch zum Schluß dem Sprecher entgegen, der es verstand, die kühnste Bühne der „Wirtschaft“ zur Tribüne der Politik werden zu lassen. Da oben stand ja auch nicht irgend ein Schauspiel mit hohlem Pathos in geschlossener Rede, sondern ein Abgesandter des Proletariats mit der ganzen heißen Leidenschaft eines fühlenden Herzens und eines erkennenden Verstandes. Erhalten die Republik, indem ihr Otto Braun wählt! Das ist Logik, die begeistern kann und die ja auch in diesen Tagen immer und immer wieder Führer und Massen begeistert. Raum einer der Versammlungsbesucher kann sich ihr entziehen. Was läßt sich auch schon außer Verteilungen gegen Otto Braun vorbringen, und was, an ihm gemessen, für Jarres oder für Thälmann? Schwach ist daher die Opposition, wenn schon Himmel hoch laut. Man kann eben nur eine Welle von Demagogie leben; kommt der Schwund heraus, fällt die Gesellschaft auch ab.

Das alles sachlich zu belegen und zu klären ist im Referat und Diskussion Zweck und stets erreichtes Ziel jeder Versammlung. Gehen die Wähler nach Haus, sollen sie nicht nur „im Bilde“ sein, sondern auch überzeugt von der Notwendigkeit der Agitation.

Stresemann sprach einmal, wie jetzt schon im neuen Büchmann nachzulesen ist, vom „Silberstreifen am Horizont“. Das Silber haben Stresemanns politische Freunde inzwischen längst wieder „expropriert“. Und mit dem Streifen möchte man uns gern einwickeln. Drum wird es Zeit, daß wir einmal für Sonnenaufgang sorgen!

In Siemensstadt, im größten Saale des Dries, folgte eine ansehnliche Versammlung den humorvollsten Ausführungen Adolf Hoffmanns. Siemens-Arbeiter und Angestellte, wohnlich abgetrennt von der Innenstadt, bekundeten hier, daß die Sozialdemokratie auch hier draußen etwas bedeute.

Die zweite Wählerversammlung in Charlottenburg, diesem Berliner Ortsteil mit einer Bevölkerung, die nur zum Teil aus Arbeitern besteht, war überfüllt. Neben dem Hand- und Kopfarbeiter sah der keine Pensionär und der sonst so referierte Beamte. Die Kandidatur Jarres schien ihnen doch nicht das Richtige zu sein; willig folgten sie dem Vortrag

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 28. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

3.35 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Sprachunterricht: Direktor Julius Glück: „Esperanto“.

4 Uhr nachm.: Jugendbühne. Leitung: Alfred Braun. Worte zur Einführung. Daran anschließend: „Die Räuber“. Ein Schauspiel von Friedrich v. Schiller. Mitwirkende: Hans Mülhofer, Karl Zander, Ise Hartleb-Hagedorn, Alfred Braun, Harry Förster, Otto Kronburger, Karl Walter Schott, Willi Eberhardt und andere.

6.40 Uhr abends: Vortrag des Herrn Landesrat Dr. jur. W. Goetz: „Notleidende Jugend. II. Teil“. 7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Hochschulkurse). 7 Uhr abends: Dr. Franz Leppmann: „Deutsche Lyrik von Hölderlin bis Werfel“. 8.30 Uhr abends: Professor Dr. Gustav Lothhäuser: „Ueber die Empfangstechnik der drahtlosen Telegraphie und Telephonie“. 8.30 Uhr abends: Ein Abend im Varietè (vorlegt vom 8. März 1925). Das Programm der Sensationen mit Senta Söneland und Harry Hauptmann. Ferner Tanzattraktionen — Humoristen — Farbenspiele: Braun-Weiß — Stimmphänomene. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesschnitten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellung. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

des Genossen Crispian. Ihr Beifall bewies den vollen Erfolg unserer Wahlpropaganda für Otto Braun.

In der im Nationalhof Bülowstraße stattgefundenen öffentlichen Wählerversammlung sprach Landtagsabgeordneter Genosse Otto Meier über „Für den Reichspräsidentenkandidaten Otto Braun.“ Die Versammlung, die sehr gut besucht war, nahm einen ruhigen und würdigen Verlauf.

Im großen Saal des Ledigenheims Pappelallee sprach Genosse Dr. Siegfried Weinberg in überfüllter Wählerversammlung. Zu der Versammlung hatten sich noch zahlreiche Anwohner des Ledigenheims, die es besonders bequem hatten, eingeschunden. In einer gleichfalls überfüllten Wählerversammlung, die in den Andreasfestsälen, dem bekannten Versammlungsort, stattfand, hatte Gen. Reuter über die gleiche Tagesordnung das Referat übernommen. Der zahlreiche Besuch beider Versammlungen gibt zu schönsten Hoffnungen Anlaß. Zahlreiche Mitglieder des Reichsbanners hatten den Saalbesuch übernommen und die schmutzen jungen Republikaner erregten das Wohlgefallen der Anwohner und schufen eine Atmosphäre der Ruhe und des Vertrauens.

Die Versammlung in den Sophienhöfen mit dem Genossen Heßfeld als Referenten war ebenfalls gut besucht. Auch hier kam es nicht zu kommunistischen Störungsversuchen.

Thälmann-Versammlung im Sportpalast.

Die Kommunisten hatten für gestern abend ein „Massenmeeting“ angekündigt, in dem neben Thälmann mehrere ausländische Kommunisten sprechen sollten. Ab 7 Uhr war Hochbetrieb: Roter Sturm, die roten Frontkämpfer, Frauengruppen mit roten Kopftüchern und — Kindergruppen, alles war erschienen. Es sprachen ein Engländer, ein Franzose, sowie Thälmann. Der sehr heitere Franzose stellte höchst überraschenderweise fest, daß Thälmann nicht nur „der Arbeiterkandidat des deutschen Volkes“, sondern der gesamten Welt sei. (1) Hier folgte nicht lebhafteste Heiterkeit, sondern lebhafter Beifall.

„Der rote Kandidat“ konnte es sich nicht verkneifen, seine ausfallslos und schändliche Zerstückelungskandidatur „als revolutionäres Kanak“ anzupreisen. Die kommunistische Philosophie ist etwas kompliziert. Somit fehlte es ihm nicht an den üblichen Rache-schwüren gegen die Sozialdemokratie. Nach Schluß der Versammlung bildeten sich mehrere Züge, die unter Gesang und anhaltendem Hoch- und Niederrufen in ihre Bezirke marschierten. Die Schutzpolizei hatte die Seiten- und Abgangstraßen stark gesichert; zu irgendwelchen Zwischenfällen war es bis 12 Uhr nicht gekommen.

Das Grubenunglück auf Schacht Reumeaux.

Bis Freitag abend 51 Tote, 28 Schwerverletzte.

Der Schacht Reumeaux in Lothringen, in dem das große Grubenunglück erfolgte, ist ein neu angelegter Schacht, der hauptsächlich als Wetterschacht für den alten Schacht Hugo Stinnes und für die alte Grube Fremyngens dienen sollte. Die Unglücksfahrt war erst die zweite Fahrt, die im Schacht Reumeaux überhaupt stattgefunden hat. Der aus zwei Etagen bestehende Förderkorb war von ungefähr 80 Personen besetzt, so daß sich also je 40 Mann in jedem Teil des Korbes befanden. Das Unglück hat höchstwahrscheinlich seine Ursachen darin, daß die Bremse der Trommelscheibe des nach oben fahrenden Förderkorbes in einer Tiefe von 267 Metern versagte und der Förderkorb dann in eine Tiefe von 435 Metern hinabfiel. Dabei kamen die im unteren Teil des Förderkorbes befindlichen Leute alle zu Tode, da die Eisentritte aus den Fugen gingen, ineinandergedrückt wurden und die Menschen zwischen ihnen zerquetschten oder durchbohrten. Von den Personen, die sich im oberen Teil des Förderkorbes befanden, wurden 29 noch lebend angetroffen. Die Zahl der Toten betrug am Freitag nachmittag 51. Leider muß damit gerechnet werden, daß diese Zahl sich noch erhöhen wird, da die letzten 7 bis 8 Mann aus dem Schacht bis Freitag abend noch nicht geborgen werden konnten und außerdem ein Teil der Verletzten in Lebensgefahr schwebt. Die Leichen liegen in der neuen Lohnhalle des Schachtes aufgebahrt. Es spielen sich dort herzerregende Szenen ab. Die Opfer des Unglücks gehören den verschiedensten Nationen an. Bis jetzt wurden unter den Toten und Verwundeten festgestellt: 33 Franzosen, 28 Deutsche, darunter 20 Saarländer, ferner 1 Tschechoslowake, 5 Polen, 5 Serben, 3 Oesterreicher, 1 Russe und 2 Italiener. Die Untersuchung über das Unglück durch die Bergpolizei ist seit Donnerstag 3 Uhr im Gange.

Saarbrücken, 27. März. Ueber die Ursache des Grubenunglücks in Reichenbach wird gemeldet: Der Förderkorb hing in einem Kabel an einer blind laufenden Rabeltrommel, so daß die Bremse nicht funktionierte. Das Kabel hat sich infolgedessen in höchster Geschwindigkeit abgewickelt, spannte sich, bevor es vollständig abgelaufen war, und zerrte infolge des ungeheuren Druckes. Der Förderkorb stürzte von dort die noch verbleibenden 50 Meter in den Schacht hinunter, wo er zerfiel.

Paris, 27. März. (W.B.) Freitag vormittag hat ein Ministerrat stattgefunden, in dessen Verlauf Ministerpräsident Herriot über die Bergwerkskatastrophe in Reichenbach Bericht erstattete. Der Ministerrat hat beschlossen, am Sonnabend einen Kredit von 150 000 Franc anzufordern, die als erste Unterstützung an die Familien der verunglückten Bergleute zur Verteilung kommen sollen. Die Regierung hat den Minister für öffentliche Arbeiten und den Arbeitsminister mit der Untersuchung über die Ursache des Unfalls beauftragt. Die beiden Minister werden gleichzeitig den Hinterbliebenen der Verunglückten die Unterstützungen überbringen.

Paris, 27. März. Der Kammer sind von dem der republikanisch-demokratischen Union angehörenden Abgeordneten Leorot und von dem kommunistischen Abg. Ernest Lafont Interpellationen über das Bergwerksunglück bei Reichenbach zugegangen.

Paris, 27. März. (Kammer. W.B.) In der heutigen Sitzung brachte bei der Beratung der Interpellation des Abg. Serot über die Grubenkatastrophe in Reichenbach Ministerpräsident Herriot namens der Regierung den Hinterbliebenen der Opfer das Beileid der französischen Regierung und des französischen Volkes zum Ausdruck. Der geforderte Kredit von 150 000 Franc für die Hinterbliebenen wurde einstimmig bewilligt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die höchste Auszeichnung, die große goldene Medaille, wurde bei der diesjährigen Deutschlandfahrt für Motorräder dem Fahrer auf Dunlop-Gummi Reifen verliehen und haben diese Reifen auch noch wieder glänzend abgeschnitten, indem von 100 Wras. der auf Dunlop-Gummi gefahrenen Fahrer 84 Wras. das Ziel erreichten.

Wenn je ungeheure Anforderungen an die Versifung gestellt werden sind, so war es bei dieser Damerprünfungsfahrt, bei welcher unter schwierigen Straßenverhältnissen, zum Teil mit Schnee und Eis, Ueberwindung großer Strecken, über 3000 Kilometer zurückgelegt werden sind.

Die Fahrt ist ein weiterer einwandfreier Beleg für die hervorragende und unverzichtbare Vollkommenheit des Dunlop-Gummi-Reifen gewesen, die dadurch in offenerer Weise mit zum Siege beigetragen hat. Eine neue Bestätigung des Wohlwunders „Dunlop, die Weltmarke, bringt für Qualität“

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

1/2 lb nur 50¢

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Rahma Margarine buttergleich

Theater
Lichtspiele
bzw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die Bohème
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Die verkaufte Braut
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Pr. v. Bomburg
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Napoleon
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Schluck'n-Jau
Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr:
Die heilige Johanna
Kammerspiele
7 1/2 Uhr:
Die Stützen
der Gesellschaft
Die Komödie
Karlshofstr. 24/26/27
8 Uhr:
Der Diener
zweier Herren
Theater i. d. Meißner Str.
8 Uhr: Heimliche
Brautfahrt
Komödienhaus
8 Uhr: KAREM
Berliner Theater
7:30 Uhr:
Anneliese v. Dessau

SCALA

8 Uhr:
**VARIÉTÉ-
REVUE**
Sonntags 8:30 U.
ermäß. Preise!
Das volle Programm

Herrnfeld-

8 U. Theater 8 U.
im Intimen Theater
Bölowstraße 6
Lachstürme!
Wer ist
der Vater?
Herrnfeldstr. 13 A.

Kaller-Revue

1925
Th. L. Admiralspalast
Abschiedswoche!
Abend: 8 1/2 U.:
Die größte
Revue d. Welt:
"Noch und Noch"
Sonntag nachm.
3 1/2 Uhr:
Die ganze
Vorstellung zu
kleinen Preisen
Nur 2mal
1 und 2 April
Karsavina
tanzt.

Central-Theater

7 1/2 Uhr: Die
verunk. Glocke
Deuts. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Orpheus in
der Unterwelt

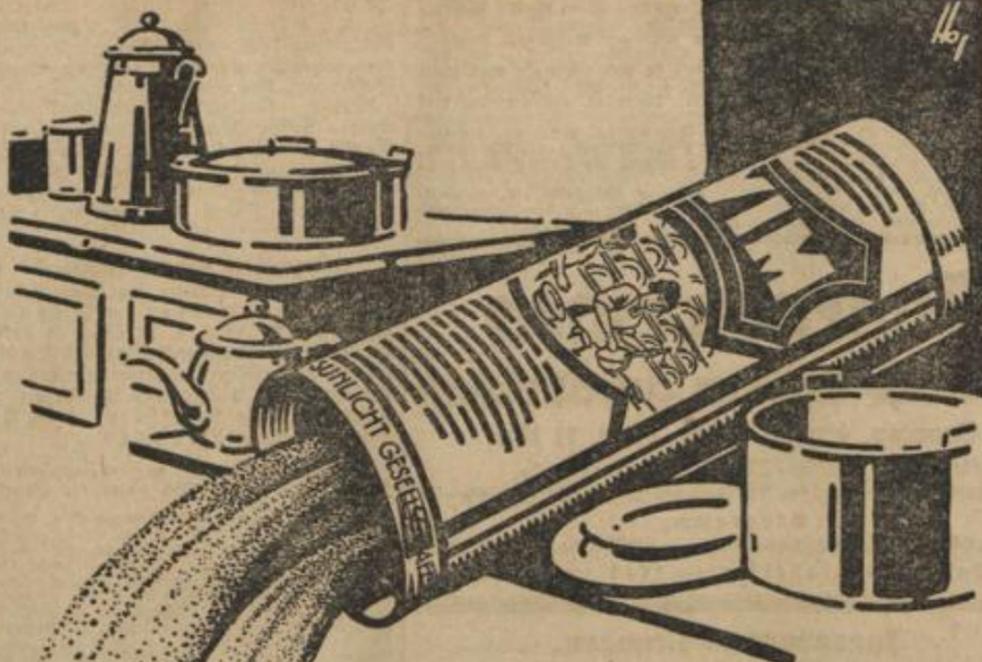
Metropol-Theater

7 Uhr Premiere
1600 s.ö. Beichen
Neues Theat. am Zoo
Tägl. 8 Uhr:
Die weiße Weste

Th. L. Kommand. Str.

Täglich 8 Uhr:
USCHI
von Jean Gilbert
mit Uschi Elliot,
Fritz Schulz,
Gertrude Berliner
Sonntag 8 1/2 Uhr:
Mein Leopold
halbe Kass. npreise

Zum Frühjahrsputz!



WIM

Das ideale Universal-
Putz- u. Scheuermittel
FÜR KÜCHE, BAD UND HAUS

Besucht die
**Deutsche
Verkehrs-Ausstellung
München 1925**
Juni-Oktober

Protest gegen die Rauchsteuer!

scheint vielen Rauchern die richtige Antwort auf die vorgesehene Erhöhung der Tabaksteuer von 20 auf 70 Proz. Nach statistischen Veröffentlichungen hofft man auf 7 Millionen Mark pro Monat von den deutschen Rauchern, das bedeutet anderwärts eine Ausgabe von 7 Millionen Mark monatlich an das Ausland für eingeführte Tabake. Der beste Protest gegen diese unsinnige Ausgabe ist und bleibt die „Putschtablette“. Sie erhält die Gesundheit und den Geldbeutel des Rauchers in Ordnung. Mit dem Gebrauch der Putschtablette hört das Rauchbedürfnis auf. Schon nach Genuß einer einzigen Tablette hört das Rauchen auf.

Nichtraucher die ihre Freunde gerne weniger rauchen sehen würden, schenken ihnen Putschtabletten meistens unter dem Vorwand, es seien Husten-tabletten. Putschtabletten schmecken wie Pfefferminztabletten.

Hausfrauen die ihren Gatten in dieser Hinsicht sparsamer wünschen, machen es ebenso.

Fast jeder Raucher raucht zuviel. Hervorragende deutsche und amerikanische Aerzte haben neuerdings festgestellt, daß die in erschreckendem Maße um sich greifende Arterienverkal-kung hauptsächlich auf das übermäßige Rauchen zurück-zuführen ist. Mit „Putschtabletten“, der genialen Erfindung des deutschen Arztes Dr. med. Rascher, hat man es nun in der Hand, sich den Rauchgenuß einzuschränken oder ganz abzugewöhnen. Zu einer vollständigen Abgewöhnungskur sind 8 Schachteln notwendig. Zum Einschränken genügt eine einzige Schachtel. Die Schachtel mit 20 Tabletten kostet frei Haus nur 1,20 Mark.

Putschtabletten sind garantiert unschädlich.

Sie sind gesetzlich geschützt und von hervorragenden Aerzten bestens empfohlen. Bestellen Sie sofort gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages direkt bei der „Putsch“ G. m. b. H., Stuttgart, Urbanstraße 31 c.
Ich Putsche!

Preuß. Staats-Lotterie

bestehend aus 275.000 Doppel-Losen u. in 5 Klassen verteilten 150.000 Gewinnen u. 3 Prämien aus über
38 Millionen Reichsmark
Höchstgw. lt. § 9 des Gesetzes v.
2 Millionen Reichsmark
1 Million Reichsmark
Hauptgewinne und Prämien:
4 x 500.000 R.-M.
2 x 300.000 R.-M.
2 x 200.000 R.-M.
10 x 100.000 R.-M.

Ziehung 1. Klasse am 17. und 18. April 1925

Preise der Lose:
Für jede Klasse
achtel ... M. 3.-
viertel ... M. 6.-
halb ... M. 12.-
ganz ... M. 24.-
Doppellose ... M. 48.-
Für alle Klassen
achtel ... M. 15.-
viertel ... M. 30.-
halb ... M. 60.-
ganz ... M. 120.-
Doppellose ... M. 240.-

Heinz Berlin W8
Friedrichstr. 23
Postcheckkonto Berlin 40x21

Lossing-Theater

Tägl. 8 Uhr:
Das Märchen
v. Arth. Schnitzler
Spieler: v. Meißendorf

Kleines Th.

Tägl. 8 Uhr:
Die Großtänzerin
und der Zimmerkellner
Leopold, Konstantin
Georg Alexander
Sonnt. nachm. 4 U.:
Hänsel u. Gretel

Apollo-Theater

8 U. Dir. James Klein 8 U.
Die Nächte v. Paris
Gr. Ausstattungsoperette
Über 100 Mitwirkende
Preise 2 bis 10 Mk.
Vorverk. ununterbr. geöffnet

Berliner Uk-Trio

Neukölln. Lahnstr. 74/75

**WALHALLA
Theater**

Weinbergsweg 19-20, 2. Hofst. Ter.
Fahr-Verbindungen:
Stadtbahn-Bahnhof Börse - Untergrundbahnhof
Schönhauser Tor - Straßenbahn-Linien 1, 3, 11,
25, 26, 40, 41, 44, 29, 68, 118, 99, 192

Täglich Ab 1. April Täglich
7 1/2 Uhr 7 1/2 Uhr

**Ensemble-Gastspiel
des
Metropol-Theaters**

mit dem größten
Operetten-Schlager der Saison

Gräfin Mariza

Musik von Emmerich Kálmán
in der
Original-

Besetzung und Ausstattung
Lori Leux, Gustav Matzer, Eini Hoffmann
Paul Morgan, Knoll Guttmann, Inge Gleiches
Max Hansen, Reinhold Pasch, Dorena Brodsky

Regie: Emil Guttmann - Musikalische Leitung:
Arthur Guttmann u. Hans Julius Salter.
Bisher über 200 Aufführungen!

Preise der Plätze:
Kleiner als Friedenspreise!!
Balkon - 75 Parkett 2,50
Orchester-Sessel 4 50

Garderobe 20 Pf. Programm 10 Pf.
Sämtliche Vergünstigungen aufgehoben.
Vorverkauf ab heute ununterbrochen
an der Theaterkasse.

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 81 („Clou“) Mauerstraße 82
Täglich geöffnet
Vier-Uhr-Kaffee
Gesellschaftsabend / Tanz
Ausschank von Triumphator

K.E.

ist:

Die Sensation
des Tages,
das

K.E.

Magazin
erscheint am 30. März

WINTERGARTEN

Novitäten-Spielplan. Sonnt. 3 1/2
halbe Preise. Pauschen gestattet

Reichshallen-Theater

Allabend 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Steifner Sänger
Neu! Sport-Müller Neu!
Radm. halbe Preise, volles Prog.
Dönhoff-Brett!
Das Lenz-Programm!
Ant. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

Nr. 903 Haarschneidemaschine

3, 5, 7 mm Mk.
4, 6, 8, 10, 12 mm Mk.
14, 16, 18 mm Mk.
20, 22, 24 mm Mk.
26, 28, 30 mm Mk.
32, 34, 36 mm Mk.
38, 40, 42 mm Mk.
44, 46, 48 mm Mk.
50, 52, 54 mm Mk.
56, 58, 60 mm Mk.
62, 64, 66 mm Mk.
68, 70, 72 mm Mk.
74, 76, 78 mm Mk.
80, 82, 84 mm Mk.
86, 88, 90 mm Mk.
92, 94, 96 mm Mk.
98, 100 mm Mk.
P. e. listige Gb. Garantie-Werkzeuge
und Stahlwaren auf Wunsch.
Carl J. Svensson & Co. (Postcheck: K616
20887), Barmen III 39, Reichstr. 31/25

Trianon-Th.

Täglich 8 Uhr:
Yoshiwara
Arnold Kerll
Erich Kaiser-Titz
Blanche Dergan

Residenz-Th.

Tägl. 8 Uhr
**Einmal
ist
keinmal
Falkensicht**

Deutsch. Künstlerhaus

8 Uhr:
„Riquette“
Garantie von Herz Braun
Lustspielhaus
1 Uhr: Goldfische
D. wahre Jakob
Operettenhaus
im Jüdischen
Morgen
zum 28. Male:
8 Uhr
Der blinde Traum
Wallner-Theat.
1 1/2 Uhr:
Romeo u. Julia

Theater d. Westens

Tägl. 8 Uhr
Berliner op. Operett.-Erlöge
**Der Graf
v. Cagliostro**

Rose-Theater

7 1/2 Uhr:
Graupenmüller
Thalia-Th.
8 Uhr:
Das Dreimäderlhaus

Casino-Theater

Lahnstr. 37 Tägl. 8 Uhr
Neu! Wieder Neu!
ein neuer Schläger
Der Oberschieber
Das alte neue Programm!
Wera Schön - Maria Loren
Volkstümli. Preise!

WALHALLA

2. Essental. Ter.
**Internationale
VARIÉTÉ-
REVUE**
Verschied. Kunstkräfte
aus für Berlin!
Antang 8 Uhr
Platzpr. v. 40 Pf. an

Conrad Müller

Spezialist
Kunstmalerei
Kunsthandwerk
Kunstgegenstände
Kunststoffe
Kunststoffe
Kunststoffe

Dezimalwagen

Fahrrad-Gewichte.
Wichtig! Probe. Gratis-Lesen
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Tele. Lahnstr. 11
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür we-
sentl. billigerer Preis!

Rennen zu Strausberg

Sonnabend, den 28. März, nachm. 3 Uhr

Fahrplan:

Charlottenberg	ab 12:00	12:15	12:30
Zoo	12:20	12:35	12:50
Friedrichstraße	12:30	12:45	13:00
Alexanderplatz	12:40	12:55	13:10
Schlesisch. Bf.	12:50	13:05	13:20
Strausberg	an 12:55	13:10	13:25

Circus Busch

Sonnabend, 28. März, 7 1/2 Uhr:

Jubiläum 75. Aufführung

Lady Hamilton

Lord Nelsons letzte Liebe!

Ehren-Abend

Paula Busch

Persönliches Auftreten in der Hauptrolle

Sonntag, 29. März, 8 u. 7 1/2 Uhr:

2 x zum letzten Male
auch nachmittags ungekürzt

Lady Hamilton

In beiden Vorstellungen vorher:
Das gr. März-Circus-Programm
Nachm. halbe Preise!

VOLKSKRAFT



Ausstellung

Spiel-Sport-Turnen-Wandern
Berlin 14. bis 29. März 1925

im Landes-Ausstellungsg-
gebäude (am Lehrter Bahn-
hof) Mitt. Moabit 4-10.

Mitglieder der Sportvereine mit
Ausweis zahlen halbe Eintrittspreise.
Geöffnet 10 bis 10 Uhr
ab 4 Uhr: Probenab-n.-Angebot
Heute: Festabend

Leichtathleten

Der Magdeburger Prozeß.

Die Vernehmung der Gen. Keil und Weims. — Nachmalige Aussagen des Gen. Weis.

Magdeburg, 27. März. (Eigener Drahtbericht.)

Im weiteren Verlaufe der heutigen Verhandlung wurde

Reichstagsabgeordneter Keil-Stuttgart

ernommen. Der Zeuge war 1918 Mitglied des Parteiausschusses. Vorl.: Hatte sich der Parteiausschuss in diesen Zeiten wohl einmal mit der Frage befaßt, wie die Partei sich bei einem Streit zu verhalten habe? Zeuge: Mehrfach sogar. Der Parteiausschuss nahm allen Rüstungstreiks gegenüber eine durchaus ablehnende Haltung ein. Als der Januarstreik ausbrach, wurden wir Mitglieder des Parteiausschusses telegraphisch nach Berlin berufen, wo wir wahrscheinlich am Mittwoch, den 30. Januar am Abend zu einer Sitzung zusammentraten. — Vorl.: Wer war von dem Parteivorstand bei dieser Sitzung anwesend? — Zeuge: Sämtliche Vorstandsmitglieder nahmen an der Sitzung teil. Sie wurde geleitet von dem damaligen Abgeordneten Ebert. Es wurde uns mitgeteilt, daß der Vorstand der Streikleitung beitreten wolle, um die Führung der Bewegung nicht aus der Hand zu verlieren und eine längere Dauer des Streiks zu verhindern. Der Parteiausschuss wurde um Zustimmung dieses Schrittes ersucht. — Der Zeuge antwortete dann über die grundsätzliche Stellung der SPD. zu der Frage der Landesverteidigung. Seine Darstellung deckt sich im allgemeinen mit den früheren Betondungen der Zeugen Weis, Scheidemann, Stampfer usw. Staatsanwalt Dohmann: Wurden Ihnen Direktionen gegeben, wie Sie sich bei Ausständen außerhalb Berlins zu verhalten hätten? — Zeuge: Daran erinnere ich mich nicht. Es bestanden aber auch unter den Mitgliedern des Parteiausschusses keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß jeder Rüstungsarbeiterstreik im Interesse der Landesverteidigung zu verurteilen wäre.

Darauf wurde der Magdeburger

Oberbürgermeister Weims

vernommen, der 1918 auch dem Parteiausschuss der SPD. angehört hat. Ich habe in freundschaftlichen Beziehungen zu Ebert gestanden und kenne seine Auffassung über Rüstungsstreiks genau. Er verurteilte alle Streiks, aus welchem Grunde sie auch entstanden sein mögen, die die Landesverteidigung schädigen konnten. Der Parteiausschuss stellte sich mit Ausnahme von zwei oder drei Herren auf genau denselben Standpunkt. Ob die damals gefasste Entscheidung erst in der Sitzung entstand oder vom Parteivorstand vorbereitet war, kann der Zeuge nicht mehr angeben.

Außerdem weist Weims darauf hin, daß es sich beim Munitionserbeiterstreik in der Hauptsache um Jugendkräfte, Frauen und ältere Personen handelte, daß die gewerkschaftlich geschulten Kräfte in der Rüstungsindustrie sehr gering waren. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt er, daß bei dem Druck der Massen aus den Betrieben die Parteileitung gar keine andere Möglichkeit hatte als sich zu betätigen, wenn sie Schimmeres verliere wollte. Auf eine Frage des Generalstaatsanwalts befragt der Zeuge, daß er in Wolmirstedt bei Magdeburg gegen den Streik gesprochen habe.

Parteiorganisator Weis.

Der nachmals über die Parteiausschüsse vernommen wird, bekräftigt seine frühere Aussage und die der Zeugen Keil und Weims. Der Parteivorstand habe die Parteiausschüsse für nötig gehalten, um für das ganze Reich eine einheitliche Haltung zu erröndlichen, weil die Partei in jenem Streit eine Schädigung der Landesverteidigung sah. In der Sitzung habe sich auch tatsächlich eine Uebereinstimmung in der Auffassung der Funktionäre im Reich ergeben, den Streik nicht zu billigen. Der Parteivorstand dürfe aber die Arbeiterschaft, die zur Partei hielt, nicht führerlos lassen. Der Eintritt in die Streikleitung war nur ein Beweis dafür, daß der Parteivorstand die Taktik des Schutzes der Landesverteidigung aufrechterhielt.

Nach dieser Zeugenernehmung beantragte die Verteidigung die Ladung weiterer Zeugen, die über die Kreptower Versammlung auszusagen sollen. Dann kommen noch einmal die vom Zeugen Weis erwähnten Vorgänge in Danzig zur Sprache. Der Zeuge Kinne arbeitete zur Zeit des Streiks der Kaiserlichen Werft in Danzig und war Mitglied der dortigen Parteileitung. Er schildert, wie auch in Danzig wegen der schlechten Ernährung usw. der Streik ausbrach, der aber nur zwei Tage dauerte. In einer Versammlung unmittelbar nach Ausbruch des Streiks habe der Parteisekretär Gehl gegen den Streik gesprochen. Scheidemann habe lange vor dem Streik im Jahre 1916 oder Anfang 1917 einmal in Danzig gesprochen.

Landtagsabgeordneter Wilhelm Krüger war in jener Zeit Angehöriger des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Danzig. Auch er schildert den Streikverlauf in Danzig, der am 29. und 30. Januar stattfand. Der Zeuge war seit März 1917 in Danzig. In dieser Zeit hat Scheidemann dort nicht gesprochen. (Damit streift die Aussage des Zeugen Weis hant an Weis.)

Damit war die Zeugenernehmung für Freitag abgeschlossen. Die Verteidigung beantragt die Ladung des früheren Abgeordneten Rabold, zu dem Dittmann gesagt haben soll, er habe sich gewundert, daß Ebert eine so radikale Rede gehalten habe. Die Staatsanwaltschaft beantragt die Hinzuziehung Dittmanns zu dieser Vernehmung.

Darauf wurde die Verhandlung um 12 1/2 Uhr mittags auf Dienstagvormittag vertagt.

Künstliche Krisen in Preußen.

Der Rechtsblock ruft den Staatsgerichtshof an.

Der Ständige Ausschuss des Landtags trat gestern nachmittag 1 1/2 Uhr unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Bartels zu einer Sitzung zusammen. Auch die Vertreter der Rechtsparteien waren erschienen.

Abg. Gornisch (Dp.) wiederholte kurz die Gründe, die die Rechtsparteien gestern veranlaßt hatten, an den sachlichen Beratungen des Ständigen Ausschusses nicht teilzunehmen. Er erklärte, daß sie auch heute den sachlichen Beratungen fernbleiben werden.

Ministerpräsident Marx

sprach sein Bedauern darüber aus, daß er gestern verhindert war, an der Sitzung teilzunehmen. Die Gründe seien einfach bürgerlicher Art.

Was verstehe man unter laufenden Geschäften? Wenn man den Begriff auf Fragen beschränken wolle, die bereits angeknüpft und im „Laufen“ seien, so wäre die Tätigkeit der Regierung unter Umständen bald zu Ende. Der Begriff stehe in der Theorie nicht fest.

Nach seiner Auffassung habe ein Ministerium, das zurückgetreten sei, die Geschäfte zu erledigen, die im wohlverstandenen Sinne des Staatswohls erledigt werden müssen.

Ein solches Ministerium habe nicht nur das Recht, sondern auch die ernste Pflicht, sie zu erledigen. Es frage sich sogar, ob ein Minister unter diesen Umständen nicht gezwungen werden könnte, falls er seine Tätigkeit einstellen wolle, solche Geschäfte weiterzuführen. Von diesem Standpunkt lasse er, der Ministerpräsident, sich nicht abbringen, selbst wenn der Beschluß gefaßt werden sollte, ihn vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Der Ständige Ausschuss sei ein Glied der Verfassung; und wenn wir ihn im Sinn der Verfassung berufen, dann bewegen wir uns auf dem Boden der Verfassung. Wenn jemals die Notwendigkeit bestanden habe, den Ständigen Ausschuss zu berufen, dann jetzt.

Wir könnten nicht zulassen, daß am 1. April Befehle, deren Fortdauer wir für lebensnotwendig halten, außer Kraft treten. Von einer vorgefaßten Absicht, diesen Weg zu gehen, könnte keine Rede sein. Das Staatsministerium hatte sich vor der Beratung des Landtags hierzu noch gar nicht geäußert. Erst nachher hat das Staatsministerium diese Frage geprüft und nach ernster Ueberlegung einstimmig die Auffassung vertreten, daß die Not des Landes es erfordere, den Ständigen Ausschuss zu berufen, gleichgültig, welche Angriffe auch gegen ihn gerichtet werden.

Abg. v. d. Osten (Dnat.) erklärte, er könne der Auffassung des Ministerpräsidenten Marx nicht beitreten. Der einzige Weg, aus den Schwierigkeiten herauszufinden, sei die Bildung eines überparteilichen Beamtensabinetts.

Der Redner bestritt den Ministern, denen das Vertrauen des Landtags versagt sei, das Exekutivrecht. Die Vorlagen gingen über den Rahmen der „laufenden“ Geschäfte in rechtlichem Sinn weit hinaus. Die Deutschnationalen würden die Rechtsgültigkeit aller Kotoverordnungen beim Staatsgerichtshof anfechten und stelle den Antrag, die Verhandlungen abzubrechen, weil sie die Tagung des Ständigen Ausschusses für verfassungswidrig hielten.

Ministerpräsident Marx erklärte demgegenüber, daß am 1. April eine Reihe gesetzlicher Fristen ablaufe, die durch die vorliegenden Verordnungen unbedingt verlängert werden müßten.

Abg. Grzesinski (Soz.)

tritt der Auffassung des Ministerpräsidenten bei und richtet scharfe Angriffe gegen die Deutschnationalen, die lediglich die Weimarer Koalition sprengen wollten. Er warf der Rechten Heuchelei vor. Im Reiche habe man gerade jetzt die Organisation des Ständigen Ausschusses schaffen wollen, um damit alle Befehle durchzuführen, für die man im Plenum schlecht die Mehrheit finden würde.

Abg. Herold (Z.) bemerkt, das Haus wäre mit Sicherheit jetzt vor der Präsidentenwahl beschlußfähig gewesen. Die Zwischenzeit hätte man dazu benutzen können, um in Ruhe einen Ministerpräsidenten zu finden.

Die Geheimdokumente der KPD.

Vorlesungen im Tschela-Prozeß.

BS. Leipzig, 27. März.

Zu Beginn des 32. Verhandlungstages ergänzte R.-A. Dr. Wolf zunächst seinen geistigen Beweisanspruch durch Zurückgreifung auf seine beiden bereits zurückgezogenen Beweisangebote und benannte auch für diesen Beweisangebot als Zeugen den Heidelberger Privatdozenten Dr. Gumbel.

Rechtsanwalt Neumann beantragte die Nichtvernehmung des Zeugen Gumbel. Die Verteidiger Fränkl und Herzfeld treten für Vernehmung Gumbels ein.

R.-A. Dr. Wolf kam sodann in seiner Begründung des von ihm gestellten Beweisanspruches auf eine Rede Dr. Zeigners im sächsischen Landtag zu sprechen.

Der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Niedner, wies darauf hin, daß es nicht angängig sei, daß die Verteidigung in dieser Weise Beweismittel anbringe, ohne vorherige zustimmende Entscheidung des Gerichts.

R.-A. Dr. Wolf beantragte hierauf Gerichtsbeschluss. Das Gericht war der Auffassung, daß eine solche Art der Begründung unzulässig sei.

Der Vorsitzende machte den Anwalt ferner darauf aufmerksam, daß er gestern zwei Stunden gesprochen habe und daß, wenn er in der bisherigen Weise fortfahre, die Gefahr bestehe, daß die Verhandlung verschleppt werden würde.

Dagegen verteidigte sich R.-A. Dr. Wolf sehr energisch. Der Zeuge sagt habe 2 1/2 Tage ausgelagt, der Angeklagte Neumann sei sogar sieben Tage gehört worden.

Abg. Riedel (Dem.) erklärt, die Vertagung des Landtags sei infolge der Obstruktion der Opposition erfolgt. Drohungen mit dem Staatsgerichtshof können nicht verfangen. Zu einer Ministeranfrage gehöre eine Zweidrittelmehrheit des Landtages. Die Drohung, ein Beamtensabinet zu bilden, oder sonst werbe der Staatsgerichtshof angerufen, grenze an politische Erpressung.

Abg. Dr. v. Richter (Dp.) erklärt, im Ausschuss würden Beschlüsse gefaßt, die der Landtag selbst nicht fassen würde. Das sei unhaltbar. Der Ständige Ausschuss habe damit seine Parteiberechtigung verloren. Auf diese Situation sei der Ministerpräsident überhaupt nicht eingegangen. Wollte man der Auffassung des Ministerpräsidenten folgen, dann könne man ein „geschäftsführendes“ Ministerium, das nicht das Vertrauen des Landtages habe, vereinzeln.

Ministerpräsident Marx hält an seinem Standpunkt fest, den er auf die Verfassung stützt, auf Artikel 55. Die Mehrheitsverhältnisse spielen hiernach keine Rolle. Dem Landtage stehe es ja frei, die erlassenen Kotoverordnungen später nachzuprüfen.

Abg. Bland (Z.) erklärte zu dem Vorwurf, der Ständige Ausschuss gebe nicht das Bild des Plenums wieder, im früheren Landtage seien sogar 23 Abgeordnete nicht in einem Ausschuss, auch nicht im Ständigen Ausschuss, vertreten gewesen. Heute treffe das nur auf die 11 Deutschnationalen und die zwei Polen zu.

Abg. Hirsch (Soz.) erklärte, solange Dr. v. Richter Minister gewesen sei, habe er anders gehandelt. Auf seinen Wunsch sei der Landtag vertagt worden, damit man im Ständigen Ausschuss die Steuererordnungen und die Abbauerordnungen erledigen könne.

Abg. Hirtfelder (Z.) wies darauf hin, daß die Abänderung der dritten Steuernotverordnung im Interesse des soliden Hausbesitzes vor dem 1. April verabschiedet werden müsse. Die Erhöhung der Hauszinssteuer sei dringlich.

Hierauf wird mit 15 gegen 12 Stimmen der Antrag v. d. Osten (Dnat.), die Verhandlungen abzubrechen, abgelehnt. Darauf erklärten die Vertreter der Rechten und der Kommunisten, daß sie sich an diesen verfassungswidrigen Beratungen nicht beteiligen könnten, und verließen den Ausschuss.

Der Ausschuss trat darauf in die sachliche Beratung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung ein, der die Verordnung zur Ausführung der dritten Steuernotverordnung des Reiches (dritte preussische Steuernotverordnung) zum Gegenstand hat.

Die Verordnung, die eine Erhöhung der Hauszinssteuer von 24 auf 28 Proz. der Friedensmiete vorsieht, wobei das Plus von 4 Proz. reißlos dem Ausgleichsfonds des Staates für Neubauszwecke zuzuliegen soll, wurde nach eingehender Einzelberatung mit einzelnen Änderungen auf Antrag der Abg. Bland und Herold (Z.) angenommen. Durch die Änderungen werden den Selbstbewohnern von Wohngrundstücken, die nicht vermietet haben, auf Antrag hin weitere 100 Proz. Ermäßigung ermöglicht.

Der Finanzminister gab die Erklärung ab, daß die gestundeten Beträge der Hauszinssteuer nach den bereits im Februar an die Katasterämter herausgegebenen Bestimmungen zum 1. April, also in diesen Tagen, niedergeschlagen werden würden.

Zum Schluß stimmte der Ausschuss ohne erhebliche Ausprüche der Verordnung zur Änderung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz und damit zugleich der preussischen Steuernotverordnung und der Ausführungsvorordnung zur Fürsorgepflichtverordnung zu. Da am 30. März die Ausführungsbestimmungen ablaufen, bat die Regierung die Kotoverordnung im Interesse der Gemeinden für dringlich erforderlich erachtet. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Die Anberaumung einer neuen Sitzung des Ständigen Ausschusses kam nicht in Frage.

Die deutschnationale Landtagsaktion hat beschlossen, die im Ständigen Ausschuss angenommenen Kotoverordnungen beim Staatsgerichtshof als ungültig anzufechten.

Vorl.: Ich denke, Sie haben sich nunmehr zu diesem Beweisangebot geäußert.

R.-A. Dr. Wolf: Das lasse ich mir nicht bieten. Ich verlasse das Cockalt (Der Verteidiger verließ hierauf den Gerichtssaal.)

Als Dr. Wolf bereits an der Tür war, fragte der Vorl.: Dann sind die Angeklagten also nicht mehr vertreten?

In diesem Augenblick sprang Justizrat Fränkl sehr erregt auf und rief mit erhobener Stimme in den Saal: Vorläufig noch, wenn das aber so weiter geht, dann wird sich die Verteidigung, soweit sie noch Ehre im Felde hat, überlegen, ob sie die Verteidigung überhaupt noch weiter führen wird.

Während dieser Szenen kam es zu einer allgemeinen Aufregung. Der Angeklagte Hallupp rief laut in den Saal: „Standal“, worauf der Vorsitzende sofortige Abführung befahl. Beim Vorbeigehen am Gerichtstisch rief Hallupp dem Vorsitzenden zu: „Schämen Sie sich etwas.“ Im Zuhörerraum wurde, als R.-A. Dr. Wolf den Saal verließ, zu den Äußerungen Dr. Wolfs und Hallupps mehrmals laut „Bravo“ gerufen. Der Gerichtshof zog sich darauf zur Beratung zurück.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung

wurde zunächst der Angeklagte Hallupp wieder in den Saal geführt. R.-A. Dr. Wolf gab sodann eine Erklärung dahingehend ab, daß die Verteidigung im Laufe des Verfahrens bemüht gewesen sei, mit zur Erforschung der Wahrheit beizutragen. Es sei ja außerordentlich schwer gemacht worden, die Rechtsmittel durchzuführen, die ihr nach ihrer Ansicht zustanden. Es sei ihr z. B. nicht gestattet worden, während der Schilderung der Angeklagten Zwischenfragen zu stellen, wodurch manches verweigert worden sei. Es sei ihr ferner verweigert worden, während eines bestimmten Fragenkomplexes Fragen zu stellen. Weiterhin sei es ihr unmöglich gemacht worden, eine Erklärung abzugeben, als sie es beantragt

„Komet-Freilauf“ ES GIBT KEINEN BESSEREN!

MAGGI'S Würze in großen Originalflaschen zu RM. 6.— besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat außer Geldersparnis noch die Garantie der Echtheit. Achtung auf unversehrten Pfandverschluss.

hatte. Nichts läge der Verteidigung ferner, als eine Verschleppung des Prozesses, und er bitte daher diesen Vorwurf des Gerichts zurückzunehmen.

Der Vorsitzende verlas sodann einen Gerichtsbeschluss, der die Herausziehung Gumbels als Sachverständigen ablehnt. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung gelangten eine Reihe von parteioffiziellen kommunistischen Schriftstücken aus dem Jahre 1923 zur Verlesung, in denen der Kampf um die Eroberung der politischen Macht als unmittelbar bevorstehend bezeichnet wird. In einem der Dokumente wurde gesagt, daß alle Waffen, die im Besitz von Genossen seien, der Partei gehören. Sodann wurde aus dem Jahrgang 4, Heft 18, der „Internationale“ ein längerer Artikel verlesen, der einen Bericht über die Tagung der Zentrale der KPD, enthielt. In einem anderen offiziellen Rechenschaftsbericht wird offen ausgesprochen, daß die KPD, in die sächsische Regierung eingetreten sei, um gegen die Faschisten sich mit Waffen auszurüsten zu lassen und im Falle einer Reichserhebung die „irreführten Massen der Sozialdemokratischen Partei“ von ihren Führern trennen und zur KPD. herüberziehen zu können.

Die Verteidiger bezweifelten zum Schluß die Echtheit sämtlicher bisher verlesenen Schriftstücke.

Nach der Mittagspause verlas der Vorsitzende zunächst eine Dienstanweisung Nummer 7 vom 28. November 1923. Diese enthält Instruktionen, wie sich die Mitglieder der KPD. bei Verhaftungen zu verhalten haben. „Spiegel und Propagandateure werden erledigt“. Sodann kamen ein Artikel Lenins „Der Partisanentzug“ in Nummer 5 der Zeitschrift „Der Proletarier“ und drei Briefe Reumanns aus dem Gefängnis zur Verlesung, in denen er sich bitter über das Verhalten der KPD. ihm gegenüber beklagt. Reumann gibt auf Befragen an, daß die sächsischen Landtagsabgeordneten Böttcher und Klein ihm den Voage zugeführt hätten. Ein Brief eines gewissen Thormann an Halle, dem juristischen Leiter der KPD., vom 7. April 1924, der beim Abgeordneten Schwarz gefunden wurde, erwähnt ein Schreiben des Angeklagten Kuhl, in dem sich dieser Angeklagte darüber beschwerte, daß man nicht für seine Familie Sorge und er keinen Anwaltsbesuch bisher empfangen habe, obwohl Kuhl eine nervenaufreizende, gefährliche Funktion ausgeübt habe. Weder Kuhl noch Mayer wollten einen gewissen Thormann kennen und von einer solchen Funktion wissen. Sie hielten beide diesen Brief für bestellte Arbeit. Der Zeuge Heller sagte aus, daß Thormann der frühere Bürgermeister von Köslin sei, der später eine Zuchthausstrafe erhalten habe. Eine Liste der unterzubringenden Verbrecher, die im Landtag bei dem Abgeordneten Piesch gefunden wurde, zählt 24 Personen auf, die wegen Waffenschleibungen, schweren Landfriedensbrüchen, Landesverrats, Hochverrats, Sabotage und anderen schweren Verbrechen flüchtig sind. Hinter einem Namen befindet sich der Vermerk: „Gehörte der Tscheta“.

Darauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend früh 9 Uhr verlegt.

Wirtschaft

Jarres-Block und Steuerzettel.

Genosse Kurt Heinig schreibt uns: Die deutsche Reichskasse muß umbauen! So gut wie es dem Kabinett von Schlieben-Luther geht, ist es seit 1918 keiner Regierung gegangen. Das Deutsche Reich nimmt zurzeit dauernd mehr Geld ein, als im Etat veranschlagt worden ist, und trotz der

Rückziehung, die über 750 Millionen ging, ist genug Geld vorhanden, um die — Besitzsteuern abzubauen.

Lassen wir die Zahlen sprechen:

Staatsvoranschlag 1924/25	5,244 Milliarden
Tatsächliche Einnahme in 11 Monaten (April 1924 bis Februar 1925)	6,710 „
Mehreinnahme in 11 Monaten	1,466 Milliarden
Vorausichtliche März-einnahme	0,650 „
Ifeinnahme mehr als Solleinnahme	2,116 Milliarden
In einem Jahre sind also — ohne Eisenbahn- und Postüberschüsse (150 Millionen Mark!) — über zwei Milliarden mehr eingenommen worden, als der Staatsvoranschlag vorsah.	
Betrachten wir nun die Einzelziffern:	
Lohnsteuer: Voranschlag 1924/25	900 Millionen
Tatsächliche Einnahme in 11 Monaten	1202 „
Mehreinnahme	302 Millionen
Vorausichtliche März-einnahme	122 „
Ifeinnahme mehr als Solleinnahme	424 Millionen
Umsatzsteuer: Voranschlag 1924/25	1260 Millionen
Tatsächliche Einnahme in 11 Monaten	1681 „
Mehreinnahme	421 Millionen
Vorausichtliche März-einnahme	110 „
Ifeinnahme mehr als Solleinnahme	531 Millionen
Zölle: Voranschlag 1924/25	160 Millionen
Tatsächliche Einnahme in 11 Monaten	318 „
Mehreinnahme	158 Millionen
Vorausichtliche März-einnahme	36 „
Ifeinnahme mehr als Solleinnahme	194 Millionen
Tabaksteuer: Voranschlag 1924/25	360 Millionen
Tatsächliche Einnahme in 11 Monaten	469 „
Mehreinnahme	109 Millionen
Vorausichtliche März-einnahme	53 „
Ifeinnahme mehr als Solleinnahme	162 Millionen
Biersteuer: Voranschlag 1924/25	126 Millionen
Tatsächliche Einnahme in 11 Monaten	180 „
Mehreinnahme	54 Millionen
Vorausichtliche März-einnahme	16 „
Ifeinnahme mehr als Solleinnahme	70 Millionen
Beförderungsteuer: Voranschlag 1924/25	230 Millionen
Tatsächliche Einnahme in 11 Monaten	288 „
Mehreinnahme	58 Millionen
Vorausichtliche März-einnahme	21 „
Ifeinnahme mehr als Solleinnahme	79 Millionen

Die Zusammenzählung aller Mehraufkommen der Massenbelastungen ergibt das folgende Resultat:

Lohnsteuer	mehr 424 Millionen
Umsatzsteuer	531 „
Zölle	194 „
Tabaksteuer	162 „
Biersteuer	70 „
Beförderungsteuer	79 „
Zusammen	mehr 1460 Millionen

Die Zusammenrechnung zeigt, daß mehr als 70 Proz. des Staatsüberschusses aus der Massenbelastung geflossen ist. Welche Finanzpolitik will angefiht dieser ungeheuerlichen

Resultate der Jarres-Block treiben? Der Volksvertretung liegen acht Steuergesetzentwürfe vor, sie tragen sämtlich die Unterschrift des deutschnationalen Reichsfinanzministers v. Schlieben. Diese Gesetzentwürfe sind deswegen das Programm der deutschnational-volksparteilichen Regierung. Was ist in ihnen an Erleichterungen der Steuerlast der Lohn- und Gehaltsempfänger enthalten? Wer weniger als 8000 Mark Jahreseinkommen und mindestens sechs Kinder hat, der soll in Zukunft steuerfrei bleiben.

Das ist alles? Jawohl, das ist alles!

Die Jarres-Reform redet nicht einmal vom Abbau der den Konsum mordenden Umsatzsteuer, sie lehnt die Vermögenszuwachssteuer (Inflationsgewinnbesteuerung) ab. Statt dessen erklärt die v. Schlieben-Luther-Jarres-Regierung in der Begründung zu den Steuergesetzentwürfen:

„Namhafte Kreise der Wirtschaft haben im Jahre 1924 kein Einkommen gehabt oder sogar mit Verlust gearbeitet!“ (Begründung des Steuerüberleitungs-gesetzes.)

Durch die Ersparnis der Steuern wird den öffentlichen Betrieben ein „nicht zu rechtfertigender Vorprung vor den privatwirtschaftlichen Betrieben gewährt.“ (Begründung zur Körperschaftsteuer — Besteuerung von Gas, Wasser, Elektrizität usw.)

Und „überdies zwingt die steuerliche Belastung zu rationellster Betriebsführung!“ (Begründung zur Körperschaftsteuer.)

Diese drei Sätze — die Kapitalisten arbeiten mit Verlust — die öffentlichen Betriebe müssen besteuert werden — steuerliche Belastung zwingt zur rationellen Betriebsführung — das ist das Jarres-Programm.

Am Sonntag wird nicht nur der höchste Repräsentant der Republik gewählt, es wird nicht nur dokumentiert, ob Deutschland eine politische Demokratie sein und bleiben soll — die Stimmabgabe für den Reichspräsidenten ist zugleich das Steuerprogramm. Der Stimmzettel wird zum Steuerzettel!

Wir brauchen eine volksfreundliche Steuerreform, wir brauchen dringend einen Abbau der Massenbelastung, eine Entschärfung der Lohn- und Gehaltsempfänger für die im Steuerjahre 1924/25 zuviel gezahlten Steuern. Die Entscheidung der Reichspräsidentenwahl wird sich in der Steuerpolitik der Reichsregierung auswirken. Den deutschnational-industrie-reaktionären Bürgerblockleuten fehlt zur sicheren Durchführung der Wünsche und Absichten nichts weiter als Jarres. Kommt der Verfassungspolitiker Jarres an Ruder, dann verfaßt das Volk in Steuern.

Wer steuerliche Gerechtigkeit will, wählt Otto Braun.

Subventionskredite für den Schiffbau auch in Frankreich. Die eigene nationale Handelsflotte Frankreichs ist trotz des übergroßen Weltflottenparcs auch in Frankreich durch öffentliche Mittel gefördert worden. Ein Gesetzentwurf fordert die Schaffung eines Rationalisationsfonds für Schiffbaukredite. Dem Schiffbau der französischen Werften sollen auf 20 Jahre Kredite von insgesamt 1 Milliarde französischen Franken zum niedrigen Satz von 3 Proz. gewährt werden. Bemerkenswert ist, daß diese Mittel, im Gegensatz zum Verfahren in Deutschland, nicht aus den laufenden Staatseinnahmen, sondern aus einer nur zu diesem Zweck erhobenen Abgabe auf die Wareneinfuhr von Leder und auf Lederpassagiere, wenn sie von oder an Bord gehen, aufgebracht werden sollen. Das hat zur Folge, daß im Gegensatz zu Deutschland, eine Belastung des Inlands kaum eintreten wird, da die erhobene Abgabe schlecht abwählbar sein dürfte.

Am 21. März nach plötzlich mein geliebter Mann, der Schwager
Arthur Lohse
im 49. Lebensjahre.
Die trauernde Witwe, Maria Lohse.
Die Einäschung erfolgt Sonnabend, abends 7 Uhr, im Krematorium Baumhaustrasse. 1925

Genossen Wilhelm Pfitzsch
nach Frau die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
v. D. H.

Unserem Genossen
Haci Schleps nebst Gattin,
Anlaß der 25. zur heutigen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
7. Abteilung.

Unserem lieben Genossen
Wilhelm Pfitzsch um seiner Ehe von zur heutigen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
16. Abteilung.

Kredit!

Herren- Anzüge Paletots Regenmäntel

Damen- Kleider Kostüme Mäntel

Jünglings- u. Badistischer Garderobe
auch zur Einsegnung

Bekleidungshaus
„Kleingold“
Weinbergsweg 28
eine Treppe
3. Haus v. Rosenhain Platz
Bei Legitimation sofortige Anschließung!

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmattens, an Private. Bequeme Bedingungen. Katalog 30A frei.

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Ad. Zimmermann
Fernruf 83 Steglitz Fernruf 83
Lindenstraße 40 und am Wannaseehf.
Fahrräder - Kinderwagen
Ersatzteile - Reparaturen

Wie?
Glauben Sie,
daß Karmitri
nichts für Sie?



KAR MITRI

Probieren Sie Karmitri Zigaretten!

Bekleidungsvertrieb des Westens

inh. Max Pitzela
in den neuen, bedeutend erweiterten Räumen
jetzt Potsdamer Str. 132 eine Trp.
zwischen Potsdamer Platz und Lichhornstraße.

Damen- Kleider Gesellschaftskleider Kostüme Mäntel Pelze usw.

Herren- Paletots Ulster Anzüge Smoking- und Gesellschaftsanzüge

Gummimäntel
vom Einfachsten bis zum Elegantesten.

Teilzahlung ohne Preisaufschlag gestattet!
Ware kann gegen Ausweis sofort mitgenommen werden.

1000 Strickwesten

Sportjacken etc. aller Art.
Bleye's Kinder-Kleidung
zu Originalpreisen.
Billigste Quelle für Kenner u. auserlesenen Geschmack

Bruno Richter & Co.
Fabriklager thür. Wollwaren
Blz.-Postk. Mühlendstr. 1, Ecke Brühlstraße
9-7 Nur Einzelverkauf

Zähne u. 200 an vorzüglich
Reparatur 3 Stunden
Kronen von 3 Uhr an
Eitzähne, Reinigen

Zahnziehen mit Betäubung.
Schmerzlos. Plombieren von 2 Uhr an
Günstige Zahlungsbedingungen. Garantie

M. Müller, 17 Ritterstraße 17
an der Brühlstraße

Garderobe auf Kredit!

Kleinste Anzahlung niedrigste Wochen- oder Monatsraten,
die jedermann die Anschaffung guter Bekleidungsstücke leicht machen!

Anzüge, Sportanzüge, Covercoat-Paletots, Smokings, Cutaways, Marengo-Paletots, Konfirmanden-Anzüge, Gabardine-Mäntel, Manchester-Anzüge, Schweden-Mäntel, Mäntel, Gummimäntel, Riesen-Auswahl!

Ersatz für Maß!
Bei genügender Legitimation sofortige Mitgabe der Ware
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit

Möbel-Cohn

Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
5 Minuten vom Alexanderplatz

Norden: Badstr. 47-48 5 Min. v. Bahn, Gesundbrunnen.
Man achte genau auf Firma und Hausnummer!

Konfektions-Vertrieb Bellevue

Man kauft reell im Kon.-V.-Beil.

Auf Teilzahlung! Bequeme Zahlungsbedingungen!

Neu-Eröffnung!
Wir bringen das Neueste von Einfachsten bis zum Elegantesten!

Herren-Anzüge Ulster, Regenmäntel, Konfirmand-Anzüge usw.

Damen-Bekleidung Kleider, Kostüme, Mäntel, Pelze usw.

Lübecker Straße 6
Hochparl! Kein Laden!
(an der Turmstraße)
Jahresverh.: Straßenbahn (Dahlemer Ufer-Theater)
Autob.: 3, 4, 11, 12, 13, 14, 15, 21, 44, 54
Autobus: 11, 28

Ware kann bei Ausweis nach Anzahlung sofort mitgenommen werden.

Kannibalismus in Rußland.

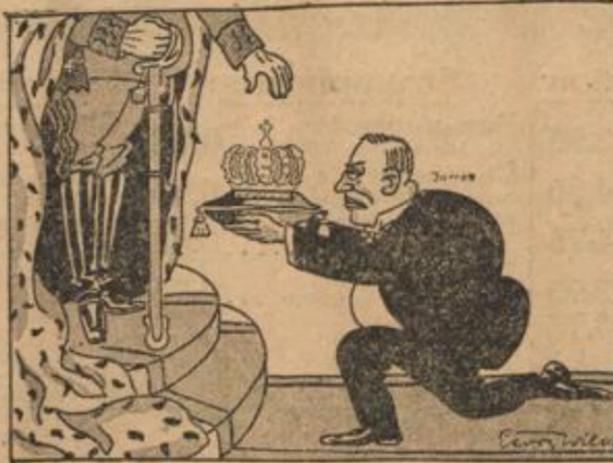
Die französische Zeitung „Quotidien“ berichtete vor einiger Zeit, daß in Victoria (Französisch-Guayana) auf Befehl des Militärgouverneurs sechs Eingeborene wegen Menschenfressens erschossen worden seien. Die Hingerichteten gehörten dem Volksstamme Yodumana an, der bei seinen Nachbarn im Ruf steht, in Zauberkünsten bewandert zu sein. Von den Zollbeamten festgenommen, gestanden die sechs, allein in den letzten Tagen etwa elf Menschen verzehrt zu haben. Der eine von ihnen, ein siebzjähriger Greis, erklärte, daß er besonders gern Kinder als Nahrung zu sich nehme, da ihr Fleisch ein vorzügliches Verjüngungsmittel vorstelle. Diese Erklärung entspricht vollkommen dem weitverbreiteten Glauben der Menschenfresser, daß mit dem Menschenfleisch auch die Eigenschaften des verpeisten Menschen übernommen werden.

Für den Europäer erscheint dies Menschenfressen als etwas unfassbar Graufiges. Es war daher auch sicher unbegreiflich, als im Jahre 1921/22 aus Rußland immer wieder die Kunde kam, daß die von der Hungernot Betroffenen in ihrer Verzweiflung Menschenfleisch als Nahrung benutzten. Man wollte und konnte nicht daran glauben. Es wurde sogar behauptet, daß es sich bei diesen Meldungen um die üblichen Verleumdungen handle, die der Sowjetregierung stets angehängt wurden. Und doch findet man in den Beschreibungen von Ärzten, in den Protokollen sowjetoffizieller Untersuchungskommissionen die schauerlichsten Tatsachen festgelegt. Man kann über sie auch in Büchern nachlesen, die in Sowjetrußland erschienen sind: in dem Sammelwerke über den Hunger, das dem Schriftsteller Korolento gewidmet ist und in der Monographie der Ärzte Wolkowitsch.

Fleisch Getöteter und eines natürlichen Todes Gestorbener konnte man als Nahrungsmittel auch in früheren Hungerjahren in Rußland. So heißt es von dem Hungerjahre 1557 zur Zeit Iwan des Schrecklichen: „Die Menschen verzehrten einander; sie töteten einander, folgten das Fleisch ein und aßen es.“ Das gleiche wird von den Jahren der politischen Wirren 1601 bis 1603 berichtet. Ganz vereinzelt kamen Fälle von Menschenfresserei in den Jahren der großen Hungersnot 1891/93 vor, obgleich etwa 35 Millionen Menschen damals von ihr betroffen waren. An erschreckendem Maße trat aber der Kannibalismus im letzten Hungerjahre 1921/22 in Erscheinung.

Laut offiziellem Berichte sind allein in der kleinen Bolschewik-Republik bis zum Juli 1922 200 Fälle von Menschenfresserei von speziell zu diesem Zwecke getöteten Menschen und 2000 Fälle von Leichenverzehrung gezählt worden. Ein aus Moskau entsandter Untersuchungsrichter hatte sich in der Stadt Samara an der Wolga mit der Durchforschung von 200 Fällen des Kannibalismus zu befassen und die Ursachen dieser Massenerscheinung zu ergründen. Es ist ein Fall gerichtlich festgestellt worden, wo ein 23jähriger, allerdings schwer degenerierter Mann 16 Menschen, angefangen mit seiner Frau, getötet und verzehrt hat. Ein anderer Fall betrifft zwei dreizehnjährige Knaben und ein vierzehnjähriges Mädchen, die sich zu einer Bande zusammengetan hatten. Zwei kleine Kinder und ein siebzehnjähriges Mädchen fielen ihnen zum Opfer. Von einem alten Bauer heißt es, daß er seine Frau verzehrt und den Kopf zu Sülze hergerichtet habe. Ferner wird von einem Tartaren berichtet, der nach der Tötung eines dreizehnjährigen Mädchens drei Pfund Fett ihrem Körper entnommen hat. Ein Vater entschloß sich nach langem

Gebet zum unbekanntem Gotte.



Wer du, großer Gott, auch immer seist,
Ob du Wilhelm, Rupprecht, August heißt:
Ach, wie deiner Stiefel Glanz mich rührt!
Ich bin klein, mein Herzchen das ist rein,
Wohnen sollst darin nur du allein,
Schwarzweichtrot ist alles lapejert!
Amen!

O. K.

Kampfe, um seiner hungernden Kinder willen das jüngste zu opfern: er begab sich zum Nachbar, schlachtete hier das Kind und veranlaßte alsdann seine Frau, es als Speise für die Kinder herzurichten.

Die Mütter waren leichter bereit, ihre eigenen Kinder zu töten; die Väter töteten mehr fremde Menschen. Der Nachbar war nicht mehr vom Nachbar sicher. Wurde gelegentlich einer getötet, so hieß es: das war ihm wohl vom Spießfuß bestimmt. Der Hunger hatte alle menschlichen Beziehungen gelodert, jedes Mitgefühl erlosch, die moralischen Hemmungen und Vorstellungen erlöset, er allein beherrschte das ganze Denken und Wollen der Menschen. War alles Erreichbare aufgezehrt, winkte von nirgendher mehr Rettung, dann wurden die Menschen zum selbstverständlichen Nahrungsmittel. Zuerst drohten die Bauern: „Sorgt ihr nicht dafür, daß wir Brot bekommen, so töten wir unsere Kinder.“ Dann gingen sie zur Tat über. Die Bewohner eines Dorfes mandten sich gar mit einer Eingabe an ihre Behörde mit dem Ersuchen, ihnen das Töten ihrer Kinder zu gestatten. Ein schamloser Handel wurde mit Leichenfleisch getrieben, die Friedhöfe wurden direkt ausgeplündert; vor die Speicher, wo die Leichen aufgestapelt waren, mußten Wachen gestellt werden: die Wachen künerten aber trotzdem die Gebäude.

Das Schrecklichste aber war, daß dieses alles etwas Alltägliches, Selbstverständliches geworden war, etwas, was gar nicht anders sein konnte. Die Untersuchungen ergaben, daß es sich bei diesen Kannibalen nicht etwa um degenerierte Menschen handelte, sondern um psychisch und sittlich sonst einwandfreie Personen; mit wenigen Ausnahmen, bei denen es sich um Laten von Verbrechern oder schweren Psychopathen handelte, war es der Hunger, der diese Menschen zu solchen Handlungen getrieben hatte.

Unheimlich war das Martyrium der von der typischen Hungerkrankheit Befallenen. Sie gingen psychisch und physisch zugrunde. Ungeheuer war die Sterblichkeit, verursacht durch die verschiedenen Epidemien. Raub, Mord und Diebstahl nahmen in ungeheurer Maße zu, die Kinderverwahrlosung und das jugendliche Verbrechertum wurde einfach zur Plage von Stadt und Land. Dies alles ergibt ein Gesamtbild, das jeder menschlichen Phantasie spottet.

Rußland ist in diesem Jahre wieder von einer Hungersnot betroffen, die sich in den nächsten Monaten noch steigern wird. Ueber ihre Ausdehnung schweigt sich die Sowjetpresse aus. Man darf aber hoffen, daß Erscheinungen, wie sie im Jahre 1921/22 an der Tagesordnung waren, sich diesmal nicht wiederholen werden. Es wäre auch zu gräßlich!

persönliche Meinungen, Beurteilung früherer Verhältnisse mit dem Maßstab heutiger Anschauungen und offene Liebedienerei gegenüber hohen, höchsten und allerhöchsten Persönlichkeiten geben zu solchen Schlussfolgerungen Anlaß, die dann aber gerade wegen der „stumpenden“ Gelehrsamkeit des Forschers in den eisernen Bestand der populären Geschichtsschreibung

Ein klassisches Beispiel hierfür ist der bekannte Duihows-Streit, die Frage nach der historischen Wertung der Aufsehung der Brüder Duihows gegen den ersten Hohenzollern, Friedrich Burggraf von Nürnberg. In der volkstümlichen Auffassung gelten die Duihows als elende Raubritter, die nebenbei sich des Verbrechens der Feilantee (der Rebellenschatz) gegen den eingekerkerten Verweser, richtiger Pfandinhaber, schuldig gemacht haben. Diesen Standpunkt vertritt Adolf Friedrich Riedel, der mit emsigem Fleiß das Material zusammengetragen hat — den abweichenden, die Beurteilung der Duihowschen Rebellion aus den tatsächlichen Verhältnissen ableitenden Standpunkt, Georg Wilhelm v. Raumer, ein Vetter des sogenannten Hohenzollern-Raumers, ebenfalls anerkannter Forscher, aber darüber hinaus auch Geschichtsschreiber. Wer sich für die Einzelheiten der Kontroverse interessiert, hat nicht nötig, zu den Folianten dieser Gelehrten zu greifen; er findet eine lochgemäße Gegenüberstellung in dem Kapitel „Duihows“, des gewissermaßen als Abschluss der „Bandenkungen“ erschienenen Bandes „Fünf Schloßler“ von Theodor Fontane. Mit jenem Freimut, der ihn Echtes von Unechtem erkennen ließ, stellt sich Fontane auf Raumers Seite; er gibt dem liebedienerschen Riedel u. a. folgende Wahrheit zu hören: „Ein sein Urteil schädigendes bürgerliches Parteigefühl, das durch Verbeugungen gegen die Hohenzollern und ein unausgeglichtes auf ihre Seite treten an Freisicht nicht gemindert, durchdringt seine ganze Darstellung und macht ihn trotz wundervoller Einzelkenntnis der von ihm beschriebenen Zeit unfähig, diese Zeit von einem höheren Standpunkt aus zu betrachten. Natürlich sind die Duihows weder für Raumer noch für Fontane schuldlos Engel, aber ihre politische Stellungnahme gegen den „fremden Herrn“ war aus den tatsächlichen Verhältnissen zu erklären, und ihre „Raubzüge“ waren die damalige Form der Kriegsführung. Man muß bei Fontane lesen, wie z. B. die Kriegsführung des Magdeburger Erzbischofs beschaffen war: Mit Eit und falschen Verheißungen wurden die Einwohner aus Rathenow herausgelockt und in den Tod durch Winterställe getrieben. Was zu jener Zeit seitens des Erzbischofs geschah, repräsentiert ein Quantum von Grausamkeit, das durch seine Tat der Duihows erreicht, jedenfalls nicht übertraffen wird.“ So sagt Fontane sein Urteil über diese schmachtvolle Handlungsweise eines Kirchenfürsten zusammen.

Im allgemeinen hat bis jetzt die dem Königtum und der Bourgeoisie genehme Auffassung Riedels die Oberhand behalten. Auch der Verfasser des Duihows-Kapitels in der „Allgemeinen deutschen Biographie“ (Band 27) fußt auf Riedel, ist aber wenigstens unparteiisch genug, in der Quellenangabe auf die entgegengelegene Meinung Raumers aufmerksam zu machen.

Kenner der Geschichte wissen, wie fast jedes Ereignis, das politische oder soziale Gegenstände auslöst, von bürgerlichen Geschichtsschreibern dem Zwecke des Stühens von Thron und Altar dienlich gemacht wurde. Die kommende Zeit wird auch dieses Ueberbleibsel der geistigen Reaktion soweit unterdrücken, daß es keinen Schaden weiter anrichten kann.

P. D.

Jedem der Seine.



„Ich wähle Jarres, der ist ein Beamter von altem Schrot und Korn.“

„Und ich wähle Braun, der ist ein Beamter von modernem Geist und sozial'em Empfinden!“

Ebert-Ersatz.



„Sehen wir das Männchen auf den Platz des Sattlergeheulen — hineinreiten wird er uns schon können!“

Die beiden Alten.

Ein indisch-mongolisches Märchen,
erzählt von Dr. H. Kunike.

Vor vielen Jahren lebten in einer Stadt Nordindiens, die Tabun Ringgan hieß, ein alter Mann mit seiner Frau. Sie besaßen keine Kinder, doch hatten sie neun Kühe. Da der Alte gern Fleisch aß, pflegte er alle Kühe, sobald sie zur Welt gekommen, zu schlachten und zu verzehren; die Alte aber pflegte sich nur von Butter zu nähren. Eines Tages dachte der Alte bei sich: „Ich will eine von den neun Kühen schlachten und sie verzehren. Was für ein Unterschied ist zwischen acht und neun Kühen!“ So schlachtete er denn eine von seinen Kühen und verzehrte sie. Als er deren Fleisch aufgezehrt hatte, schlachtete er wiederum eine von seinen Kühen, wobei er dachte: „Sieben oder acht, was macht das wohl für einen Unterschied?“ Dann schlachtete er die nächste Kuh, wobei er überlegte: „Zwischen sechs und sieben ist doch kein Unterschied“, und so schlachtete er sämtliche Kühe außer einer und verzehrte sie. Da nun nur noch die eine Kuh übrig war, konnte es die alte Frau nicht länger mit ansehen und nahm diese eine Kuh überall mit sich. Als jedoch eines Tages der alte Mann sich betrunken und schlafen gelassen hatte, ging die Alte heraus, um Wasser zu holen, dabei ließ sie die Kuh im Hause. Da wachte der alte Mann auf und schaute die Kuh an. Als die Alte mit dem Wasser hereinkam und sah, daß er die Kuh geschlachtet hatte, rief sie an zu jammern: „Womit kann ich jetzt noch mein Leben fristen? Die einzige Kuh, welche noch übrig war, hast du geschlachtet und ausgezehrt.“ Als sie mit diesen Worten eilig davonlief, schnitt der Alte der Kuh noch ein Euter ab und warf es vor sie hin. Die Alte hob das Euter auf und begab sich in die Einöde, wo sie eine Felsenhöhle fand. Hier betete sie zu den drei löstbaren Reinkörpern und zu den Göttern, die den Himmel und die Erde beherrschen, also: „Da mich mein alter Mann um alles gebracht hat, was zu meinem Unterhalt dienlich, so gebet mir, ihr drei löstbaren Reinkörper sowie ihr Herrscher des Himmels

und der Erde, das, was ich zum Unterhalt nötig habe!“ Dabei schlug sie mit dem Kubeiter an den Felsen, da wuchs es an diesem Ort, und als sie davon mekte, floß Milch heraus, und als sie die Milch rührte, gewann sie eine große Menge Butter.

So lebte sie denn in der Felsenhöhle; da dachte sie eines Tages: „Vielleicht leidet mein alter Mann Hunger“, da füllte sie einen Schlauch mit Butter und machte sich auf den Weg nach ihrem Hause. Als sie dort ankam, stieg sie auf das Dach der Hütte und blähte durch den Rauchfang ins Innere derselben. Da erblickte sie ihren Mann, der mit einem Holzstößel die Mähe vom Herde in eine Schale tat und dabei sprach: „Das esse ich heute und das esse ich morgen.“ Die alte Frau warf darauf ihren Butterschlauch durch den Rauchfang in die Hütte und eilte davon. Der Alte aber dachte: „Wer im Himmel oder auf Erden konnte mir wohl diese Gabe beschicken? Gewiß war es meine liebe Mähe, die dachte, daß ihr Alter Hungers sterben könnte.“ Und als ihn seine Frau noch öfters mit einem Butterschlauch überreichte, folgte er eines Tages, als es geschneit hatte, ihren Fußspuren, gelangte zu der Felsenhöhle und fand dort einen großen Butteervorrat. Als er das am Felsen hängende Euter erblickte, schmeckte er es ab und verzehrte es, dann nahm er den Butteervorrat auf den Rücken und ging damit nach Hause.

Als die alte Frau in die Felsenhöhle zurückkehrte und sah, was geschehen war, wanderte sie davon und kam an einen großen Wiesengrund, durch welchen eine Anzahl Bäche stießen und wo ein Hühnerhof weidete. Als die Alte sich diesen näherte, ließen sie nicht davon, sondern blieben ruhig stehen und ließen sich sogar von der Alten mekeln, wodurch sie wieder reichlich Milch und Butter erhielt.

Nach einiger Zeit nahm die alte Frau wieder einen Schlauch mit Butter und begab sich damit zur Wohnung ihres Mannes. Als sie wiederum sah, daß er damit beschäftigt war, die Mähe des Herdes für seine Mahlmöhlen einzuhäufen, warf sie ihm durch den Rauchfang der Hütte ihren Schlauch mit Butter zu und eilte rasch davon. Da aber in jener Nacht Schnee gefallen war, so ging der Alte ihren Spuren nach und gelangte an den Weideplatz der Hühnerhöfe. Raum war er dort angelangt, da fiel er über die Hindinnen her

und tötete eine Anzahl von ihnen, worauf die übrigen die Flucht ergriffen. Als die alte Frau bemerkte, daß ihr Aufenthalt entdeckt sei, und die Hühner sich zerstreut hatten, begab sie sich wiederum auf die Wanderschaft. Sie verbergte sich vor einem Unwetter, das heraufzog, in einer Felschlucht, um dort zu übernachten. In dieser Felschlucht aber pflegten wilde Tiere zu übernachten, und daher erschollenes des Nachts Löwen, Tiger und Bären, sowie eine Anzahl anderer Raubtiere dortselbst. Der Wächter der Höhle aber war ein Hase. Als alle schlafen gegangen waren, hörte dieser ein verächtliches Geräusch, er sprach daher zu dem Tiger, der in seiner Nähe lag: „Hast du gehört, was mag das gewesen sein?“ Doch der Tiger sprach: „Am nächsten Morgen wollen wir die Sache untersuchen.“ Am folgenden Morgen wühlten sie in der Höhle herum und fanden die Alte. Der Tiger wollte sie sofort verschlingen, doch der Hase sprach: „Es hat wenig Zweck, diese Alte zu verschlingen, sie kann mir nur zuschaden diese Höhle bewachen.“ Da wurde die alte Frau mit der Bewachung der Höhle betraut und ihr anbefohlen, niemanden hinein zu lassen.

Eines Tages jedoch dachte sie daran, daß vielleicht ihr Mann Hunger leiden müsse, sie nahm daher eine Menge Wildfleisch mit und begab sich auf den Weg nach Hause. Und als sie wiederum ihren Mann in Not sah, warf sie ihm das Fleisch in die Hütte und eilte davon. Wieder folgte ihr der alte Mann und gelangte zu der Höhle der wilden Tiere. Als ihn seine Frau erblickte, rief sie: „Warum bist du hierhergekommen? Dies ist ein Platz, wo wilde Tiere hausen; sie werden dich auffressen.“ „Wenn sie dich nicht gefressen haben, werden sie auch mich nicht zerreißten“, erwiderte er. Da verbergte ihn die Alte im Strohe, das in der Höhle lag. Als die wilden Tiere nachts heimkamen und sich lagerten, lagte der Hase zu dem Tiger: „In unserer Behausung muß ein Fremder sein.“ worauf der Tiger sprach: „Bei Tagesanbruch wollen wir die Sache untersuchen.“ Und als sie die am anderen Morgen taten, fanden sie den alten Mann im Strohe. Da verammelten sich die Tiere und sprachen: „Denn noch mehr Menschen bekommen sollten, so wird das unser Schade sein.“ daher rissen die wilden Tiere die beiden alten Leute in Stücke.

